

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1979

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Schulabgänger 1979

- 151 Die Chancen der Schulabgänger, einen Ausbildungsplatz zu finden, haben sich gegenüber den Vorjahren verbessert. Eine Befragung der Schulabgänger im Mai ergab, daß bereits wesentlich mehr Entlaßschülern als im Vorjahr eine Ausbildungsstelle sicher war.
-

Studien- und Berufswünsche 1979

- 155 Zwei Drittel aller Abiturienten und Fachoberschüler wollen nach dem Erwerb der Hochschul- bzw. Fachhochschulreife ein Studium aufnehmen. Damit kam in diesem Jahr der Trend zur abnehmenden Studienneigung, der seit 1973 festzustellen war, erstmals zum Stillstand.
-

Personal des Landes und der Gemeinden (Gv.) 1970 bis 1978

- 159 Wegen der hohen Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren und im Hinblick auf die Belastung der öffentlichen Haushalte mit Personalkosten kommt der Entwicklung des Personals bei Staat und Kommunen eine besondere Bedeutung zu.
-

Ausstattung der Haushalte 1978

- 163 Im Rahmen des Grundinterviews der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978 wurden die Haushalte nach dem Besitz von langlebigen Gebrauchsgütern befragt.
-

Finanzen der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen 1976

- 165 Alle zur Beurteilung der Wirtschaftsführung wichtigen Angaben über Aktiva und Passiva sowie Erträge und Aufwendungen sind den Bilanzen und Erfolgsrechnungen zu entnehmen, die im Rahmen der Statistik der Finanzen der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen erfaßt werden.
-

Anhang

- 49* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
55* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

Endgültige Ergebnisse der Kommunalwahlen am 10. Juni 1979 in Rheinland-Pfalz

Gleichzeitig mit der Europawahl wurden am 10. Juni 1979 in Rheinland-Pfalz die allgemeinen Kommunalwahlen durchgeführt.

Die **Stadtratswahlen** in den kreisfreien Städten und die **Kreistagswahlen** in den Landkreisen ergaben folgendes Landesergebnis:

Wahlberechtigte		2 716 672	
Wähler		2 130 538 = 78,4%	
Ungültige Stimmen		52 090 = 2,4%	
Gültige Stimmen		2 078 448 = 97,6%	
Von den gültigen Stimmen entfielen auf			
Christlich Demokratische Union			
Deutschlands	CDU	987 338 = 47,5%	
Sozialdemokratische Partei			
Deutschlands	SPD	876 870 = 42,2%	
Freie Demokratische Partei	F.D.P.	142 829 = 6,9%	
Deutsche Kommunistische Partei	DKP	6 006 = 0,3%	
Wählergruppen		65 405 = 3,1%	

Von den in den kreisfreien Städten und Landkreisen insgesamt zu vergebenden 1 576 Mandaten entfallen auf die CDU 762, auf die SPD 689, auf die F.D.P. 82 und auf Wählergruppen 43.

Die Wahl zu den 163 **Verbandsgemeinderäten** im Land hatte folgendes Ergebnis:

Wahlberechtigte		1 550 692	
Wähler		1 276 513 = 82,3%	
Ungültige Stimmen		37 953 = 3,0%	
Gültige Stimmen		1 238 560 = 97,0%	
Von den gültigen Stimmen entfielen auf			
Christlich demokratische Union			
Deutschlands	CDU	572 948 = 46,3%	
Sozialdemokratische Partei			
Deutschlands	SPD	469 361 = 37,9%	
Freie Demokratische Partei	F.D.P.	77 700 = 6,3%	
Deutsche Kommunistische Partei	DKP	417 = 0,0%	
Wählergruppen		118 134 = 9,5%	

Die 4 473 Verbandsgemeinderatssitze im Land verteilen sich auf CDU 2 129, SPD 1 744, F.D.P. 213 und Wählergruppen 387.

Bei der Wahl zum **Bezirkstag** des Bezirksverbandes Pfalz erreichte die CDU 46,0%, die SPD 46,9% und die F.D.P. 7,1% der gültigen Stimmen. Die CDU stellt hiernach 13, die SPD 14 und die F.D.P. 2 Mitglieder im Bezirkstag. ug

Ausbildungsplatzsituation der Schulabgänger verbessert

Im Mai 1979 wurden 75 400 Schulabgänger über ihre Ausbildungssituation nach Verlassen der Schule gefragt. Mehr als 50% dieser Schüler, insgesamt 41 400, gaben an, eine berufliche Ausbildung im dualen System, also eine Lehre, anzustreben. Das sind rund 700 mehr als im Vorjahr.

Trotz dieses leichten Anstiegs bei der Nachfrage nach Ausbildungsstellen hatten bis Mai absolut und relativ wesentlich mehr Schulabgänger einen Ausbildungsplatz gefunden als noch vor einem Jahr. 73% aller Entlassschüler, die eine Lehre absolvieren wollen, hatten bereits einen gesicherten Ausbildungsplatz. Im Vorjahr hatte dieser Prozentsatz noch bei 68% gelegen. Insgesamt hat sich die Zahl der

Schulabgänger mit einem Ausbildungsvertrag um 2 650 auf 30 130 erhöht.

Entsprechend niedriger war die Zahl derer, die im Mai noch einen Ausbildungsplatz suchten. Ihre Zahl verringerte sich von 13 200 im Vorjahr auf 11 300 in diesem Jahr. Ihr Anteil an der Zahl der Entlassschüler, die eine berufliche Ausbildung im dualen System anstreben, ging um 5 Prozentpunkte auf 27% zurück.

Problemgruppen unter den Ausbildungsplatzsuchenden sind nach wie vor Schulabgänger, die die Schule vor Erreichen eines Abschlusses verlassen, Entlassschüler aus Sonderschulen und Mädchen. Erschwert wird die Situation der Schulabgänger ohne Ausbildungsplatz dadurch, daß sich ihre Berufswünsche auf nur wenige Ausbildungsberufe konzentrieren. So wollen fast zwei Drittel der Ausbildungsplatzsuchenden in kaufmännische oder Verwaltungsberufe (35%), Gesundheits- und Körperpflegeberufe (15%) und Metallberufe (15%). Gerade in diesen Berufen ist aber die Nachfrage nach Ausbildungsstellen wesentlich höher als das Angebot. ke

Mehr über dieses Thema auf Seite 151

Zwei Drittel der Abiturienten und Fachoberschüler wollen studieren

Die Schüler in den Abschlußklassen der Gymnasien, integrierten Gesamtschulen, Kollegs und Fachoberschulen wurden im Februar 1979 nach ihren Studien- und Berufswünschen gefragt. Dabei zeigte sich, daß in Rheinland-Pfalz der Trend zur ständig abnehmenden Studienneigung in diesem Jahr erstmals zum Stillstand kam. Von den 10 368 Befragten hatten im Februar zwei Drittel (67,6%) die Absicht, nach Erlangung der Hochschul- oder Fachhochschulreife zu studieren. Im vergangenen Jahr hatte diese Quote noch bei 67% gelegen. Am höchsten war sie 1972 mit über 90% gewesen.

So wie der Anteil der Studienwilligen seit 1972 zurückging, nahm der Anteil der Abiturienten und Fachoberschüler, die überhaupt nicht studieren wollten, von 1972 (3,7%) bis 1978 (13,2%) ständig zu. 1979 ging dieser Prozentsatz erstmals wieder etwas zurück, und zwar auf 12%. Allerdings hat die Unentschlossenheit der Schüler noch zugenommen: Rund ein Fünftel der Befragten hatte sich zum Zeitpunkt der Erhebung noch nicht für oder gegen ein Studium entschieden. ke

Mehr über dieses Thema auf Seite 155

Statistik als Fortuna für Rheinland-Pfälzer

Nicht weniger als 116 von 3 000 rheinland-pfälzischen Haushalten, die über ein Jahr lang für das Statistische Landesamt in Bad Ems Einnahmen und Ausgaben aufgeschrieben und zahlreiche Fragen beantwortet hatten, lächelte jetzt das Glück. Bei der bundesweiten Auslosung von Geldpreisen für die einjährige freiwillige Mitarbeit fiel das Los 116mal nach Rheinland-Pfalz mit Gewinnen zwischen 50 und 1 000 DM. Zusammen mit der 60-DM-Pauschale, die jeder beteiligte Haushalt erhielt, ist das sicherlich eine willkommene Aufbesserung mancher Urlaubskasse und ein Anreiz, beim nächsten Mal wieder mitzumachen. ku

Regierungsbezirk Trier hat beste Wohnraumversorgung

Zu Beginn dieses Jahres gab es für die 1 343 000 rheinland-pfälzischen Haushalte 1 449 300 Wohnungen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Anstieg um 24 374 Wohneinheiten oder 1,7%. Damit verfügten knapp 8 von 100 Haushalten über mehr als eine Wohnung. Hierbei dürfte es sich um Haushalte handeln, die entweder eine Ferienwohnung mit 50 und mehr Quadratmetern Wohnfläche, die ebenfalls als Wohnungen gezählt werden, oder eine Zweitwohnung besitzen. Es ist jedoch auch zu berücksichtigen, daß ein Teil der Zweitwohnungsbesitzer ihren Wohnsitz außerhalb des Landes hat. Die Belegungsdichte je Wohnung lag bei 2,5 Personen gegenüber 2,6 im Vorjahr.

Die Zahl der Wohnräume erhöhte sich 1978 um 121 400 auf 6,5 Mill., so daß jedem Einwohner im Schnitt 1,8 Räume zur Verfügung stehen. Die Bevölkerung des überwiegend landwirtschaftlich strukturierten Regierungsbezirks Trier ist mit 1 803 Wohnräumen je 1 000 Einwohner am besten versorgt. In den stärker urbanisierten Regierungsbezirken Koblenz und Rheinhessen-Pfalz betragen die Werte 1 790 bzw. 1 785 Räume je 1 000 Einwohner.

Der Anteil der meist in Städten anzutreffenden Kleinwohnungen mit einem oder zwei Räumen blieb mit 8% gegenüber dem Vorjahr unverändert. Dagegen erhöhte sich der Anteil der Großwohnungen mit sechs oder mehr Räumen geringfügig auf annähernd 24%. ne

Haus- und Grundbesitz sehr verbreitet

Nach ersten Auswertungen der im Januar 1979 abgeschlossenen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe sind von den befragten rheinland-pfälzischen Haushalten 62% Eigentümer von Grundstücken, Gebäuden oder Eigentumswohnungen. Fünf Jahre zuvor hatte dieser Wert noch bei 53% gelegen. Während die Anteile der Haushalte von Beamten und Arbeitern (jeweils 62%) sowie Nichterwerbstätigen (61%) und Angestellten (58%) dem Durchschnitt entsprachen, lagen die Quoten für Landwirte und Selbständige erheblich darüber. Durchgehend ist dabei mit zunehmender Haushaltsgröße eine stetige Steigerung des Haus- und Grundbesitzes zu beobachten. Drei von fünf Eigentümern sind noch mit Kredittilgungen belastet. hw

Jeder Haushalt hat Fernseh- und Rundfunkgerät

Die Ausstattung der privaten Haushalte mit bestimmten Gebrauchsgütern ist im allgemeinen als gut zu bezeichnen. Nahezu in jedem rheinland-pfälzischen Haushalt waren im Januar 1978 mindestens ein Fernseh- und Rundfunkgerät sowie Kühleinrichtung und Staubsauger vorhanden. Deren Vorhandensein ist unabhängig von der Zahl der Haushaltsmitglieder. In den letzten fünf Jahren ist eine beachtliche Verbesserung in der Ausstattung der Haushalte eingetreten. Die rheinland-pfälzischen Haushalte sind durchweg so gut ausgestattet wie im Bundesdurchschnitt, eine bessere Versorgung der Rheinland-Pfälzer ist unter anderem bei den Personenkraftwagen festzustellen. hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 163

Jeder zweite Haushalt hat einen Bausparvertrag

Das Bausparen wird immer mehr zu einer bevorzugten Form der Kapitalbildung. Besaßen von 100 rheinland-pfälzischen Haushalten Ende 1973 erst 41 mindestens einen noch nicht ausgezahlten Bausparvertrag, so waren es Ende 1978 bereits 52 von 100 Haushalten.

Nach den jetzt vorliegenden vorläufigen Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe hat das Bausparen in allen Bevölkerungsschichten an Bedeutung gewonnen. Es besaßen 73% der Haushalte von Beamten, jeweils 60% der Selbständigen, Angestellten und Landwirte, sowie 55% der Arbeiter einen Bausparvertrag. Für Nichterwerbstätige, die überwiegend im Rentenalter stehen, errechnete sich noch ein Wert von 26%.

Von den Haushalten mit Bausparverträgen hatten insgesamt 37% Abschlußsummen bis zu 20 000 DM, 35% solche zwischen 20 000 und 50 000 DM und 18% von 50 000 bis 100 000 DM. Bei jedem zehnten Haushalt wurden Vertragssummen von mehr als 100 000 DM ermittelt. hw

488 Mill. DM für Einzelfallhilfen nach dem Bundessozialhilfegesetz

Die Bruttoausgaben der Sozialhilfe (einschließlich Tuberkulosehilfe) nach dem Bundessozialhilfegesetz beliefen sich 1978 in Rheinland-Pfalz auf 488 Mill. DM. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sie sich um 21 Mill. DM oder 4,5%. Pro Einwohner ergab sich damit ein Betrag von 134 DM, was einer Steigerung um 6 DM entspricht. Die in den Gesamtausgaben enthaltenen Leistungen für Tuberkulosehilfe erreichten mit 4,3 Mill. DM annähernd den Stand des Vorjahres.

Während die Ausgaben für Anstaltshilfe um 11 Mill. DM oder 4% auf 288 Mill. DM anstiegen, erhöhte sich der Aufwand für Hilfe außerhalb von Anstalten um 5% auf 201 Mill. DM.

Mit 315 Mill. DM entfielen im Berichtsjahr fast zwei Drittel der Gesamtausgaben auf die Hilfe in besonderen Lebenslagen (+ 4,4%). 174 Mill. DM oder 36% wurden für Hilfe zum Lebensunterhalt aufgewendet (+ 4,7%). Als Aufwand für Hilfe zum Lebensunterhalt an Bedürftige in Anstalten wurden 28 Mill. DM verausgabt. Dieser Betrag ist um 15% höher als im Vorjahr. Die Leistungen für Empfänger in Heimen bei den Hilfen in besonderen Lebenslagen erhöhten sich um 8 Mill. DM auf 260 Mill. DM.

Größter Ausgabeposten unter den Hilfen in besonderen Lebenslagen war wiederum die Hilfe zur Pflege mit rund 191 Mill. DM, die gegenüber dem Vorjahr um 4% zugenommen hat und 39% des Gesamtaufwandes ausmachte. Um mehr als 5% stieg die Eingliederungshilfe für Behinderte auf insgesamt 78 Mill. DM. Die Krankenhilfe verursachte Kosten in Höhe von 30 Mill. DM.

Die Einnahmen der Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz beliefen sich 1978 auf über 117 Mill. DM. Sie waren damit um 8 Mill. DM oder 7% höher als im Jahr zuvor und deckten die Gesamtausgaben zu rund einem Viertel.

Soziale Leistungen nach landesrechtlichen Bestimmungen in Form von Pflegegeld und Blindenhilfe nach dem Landespflegegeldgesetz machten zusätzlich rund 90 Mill. DM erforderlich. 35 Mill. DM wurden als pauschalisierte Eingliederungshilfe (Sonderkindergärten, Tagespflegestätten, Werkstätten für Behinderte) nach dem Bundessozialhilfegesetz verausgabt. re

Nachfrage der Schulabgänger nach Ausbildungsplätzen im Mai 1979

Für die Schulabgänger des Schuljahres 1978/79 ist die Ausbildungsplatzsituation im Vergleich zum vorangegangenen Jahr günstiger geworden. Zu diesem Schluß führen die Ergebnisse der Befragung aller Schulabgänger, die im Mai 1979 zum vierten Mal vom Statistischen Landesamt im Auftrag des Kultusministeriums durchgeführt worden war. Bei dieser Befragung wird ermittelt, welchen Weg die Schüler nach dem Verlassen der Schule einschlagen wollen. Da die meisten Ausbildungsverträge mit den Ausbildungsbetrieben bis März/April jeden Jahres abgeschlossen sind und auch die Aufnahmebestätigungen der Schulen im Frühjahr an die Schüler gehen, gibt diese Befragung frühzeitig einen zuverlässigen Überblick über die Ausbildungsplatzsituation, so daß dann noch gezielte Maßnahmen für die Jugendlichen ergriffen wer-

den können, die bis Mai keinen Ausbildungsplatz gefunden haben.

In die Erhebung einbezogen waren die voraussichtlichen Schulabgänger aus allen allgemeinbildenden Schulen (ohne Schulen für Geistigbehinderte) einschließlich der Abiturienten. Außerdem wurden aus dem Bereich der berufsbildenden Schulen die Schüler des Berufsgrundschuljahres, der ein- und zweijährigen Berufsfachschulen (ohne höhere Berufsfachschulen), der Fachoberschulen und der beruflichen Gymnasien erfaßt. Im Interesse einer frühzeitigen Vorlage der Ergebnisse wurden nur die Erhebungsbogen der Schulen in die Auswertung einbezogen, die bis Ende Mai zurückgesandt worden waren. Bis zu diesem Zeitpunkt lagen von den 818 Schulen mit Entlaßschülern 811 Er-

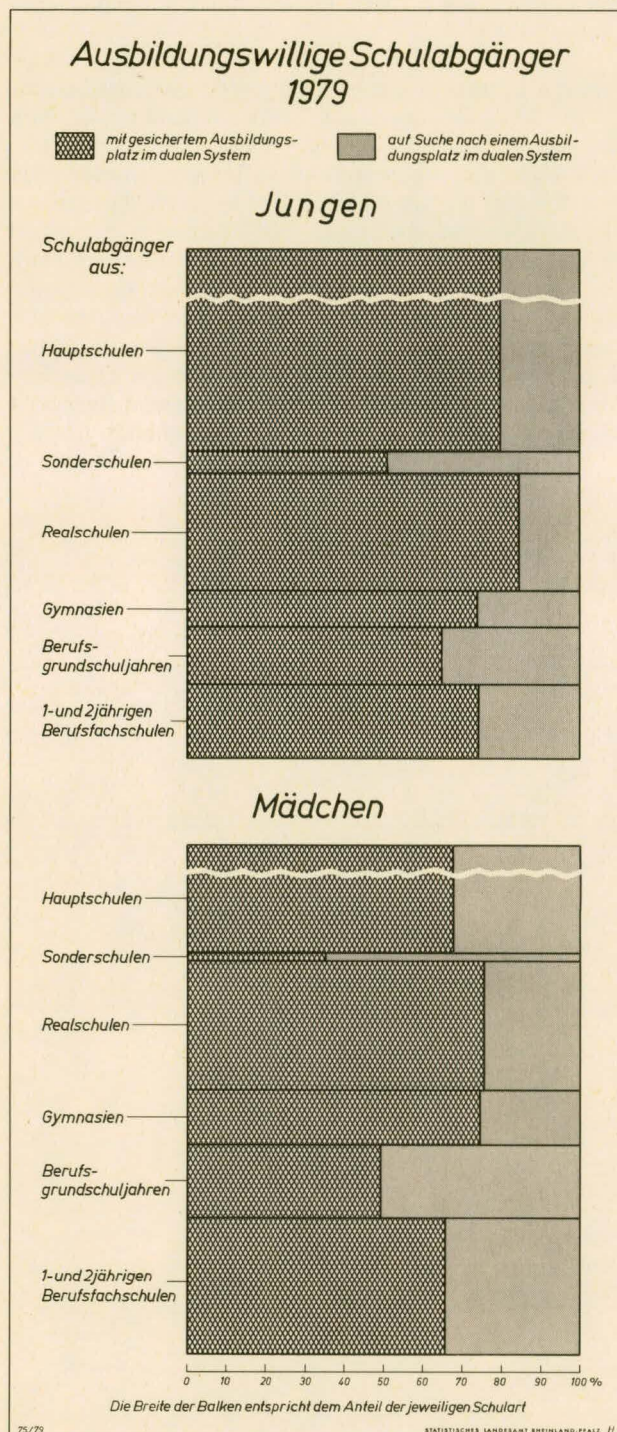
Ausbildungsabsichten der Entlaßschüler 1978 und 1979

Ab-/Übergänge aus	Jahr	Entlaß- schüler ins- gesamt	Davon								Abgänge in weitere schulische Ausbildung/ Hochschul- ausbildung		Schüler, die zu Hause bleiben (einschl. mithelfende Familien- angehörige)	
			Abgänge in Beruf/Bundeswehr/Bundesgrenzschutz/Ersatzdienst						davon					
			zusammen	Aus- bildung im dualen System	Aus- bildung im öffent- lichen Dienst	Abgänge zur Bundes- wehr/ Bundes- grenz- schutz/ Ersatz- dienst	Abgänge in Arbeits- ver- hältnis							
			Anzahl	%					Anzahl	%	Anzahl	%		
Hauptschulen	1978	38 085	25 371	66,6	61,2	1,7	0,1	3,6	12 437	32,7	277	0,7		
	1979	37 212	24 440	65,7	61,0	1,0	0,1	3,6	12 557	33,7	215	0,6		
Sonderschulen	1978	2 289	1 564	68,3	34,5	0,5	0,0	33,3	600	26,2	125	5,5		
	1979	2 457	1 544	62,8	31,2	0,0	-	31,6	837	34,1	76	3,1		
Realschulen	1978	10 026	7 240	72,2	61,7	7,0	2,8	0,6	2 766	27,6	20	0,2		
	1979	10 090	7 110	70,5	63,8	4,9	1,2	0,5	2 968	29,4	12	0,1		
Gymnasien	1978	11 163	4 485	40,2	22,6	6,5	10,5	0,6	6 528	58,5	150	1,3		
	1979	10 492	4 250	40,5	22,8	5,6	11,1	1,0	6 046	57,6	196	1,9		
Integrierte Gesamtschulen	1978	151	66	43,7	29,1	13,2	1,3	-	76	50,3	9	6,0		
	1979	202	129	63,8	57,9	5,4	0,5	-	68	33,7	5	2,5		
Berufsgrund- schuljahr	1978	4 550	3 722	81,8	68,9	2,7	1,1	9,5	791	17,4	37	0,8		
	1979	4 902	3 929	80,2	68,9	1,0	0,1	10,1	908	18,5	65	1,3		
Berufsfach- schulen	1978	6 512	5 348	82,1	67,5	7,8	2,6	4,3	1 102	16,9	62	1,0		
	1979	7 626	6 397	83,9	72,0	4,6	1,7	5,6	1 200	15,7	29	0,4		
Fachoberschulen	1978	2 997	1 262	42,1	7,0	3,0	27,5	4,6	1 695	56,6	40	1,3		
	1979	2 006	740	36,9	0,9	2,8	25,9	7,3	1 243	62,0	23	1,1		
Berufliche Gymnasien	1978	480	268	55,8	24,1	7,1	22,3	2,3	211	44,0	1	0,2		
	1979	445	238	53,5	20,7	5,6	25,4	1,8	203	45,6	4	0,9		
Insgesamt	1978	76 253	49 326	64,7	53,4	3,8	3,5	4,1	26 206	34,4	721	0,9		
	1979	75 432	48 777	64,7	54,9	2,6	2,8	4,4	26 030	34,5	625	0,8		

hebungsbogen vor, das sind 99%. Damit wurde in diesem Jahr eine noch höhere Rücklaufquote als im Jahre 1978 (98%) erreicht.

Mehr Schulabgänger mit gesichertem Ausbildungsplatz

Befragt wurden insgesamt 75 432 Schulabgänger, das sind rund 800 weniger als im Vorjahr. Geringere Schulabgängerzahlen meldeten vor allem die Hauptschulen (— 850), Gymnasien (— 700) und die Fachoberschulen (— 1 000), während aus Sonderschulen (+ 150), dem Berufsgrundschuljahr (+ 350) und den Berufsfachschulen (+ 1 100) mehr Schulabgänger als 1978 zu erwarten sind.



Mehr als 50% der befragten Schulabgänger, insgesamt 41 391 Jugendliche, streben nach dem Verlassen der Schule eine berufliche Ausbildung im dualen System, also eine Lehre, an. Das sind rund 700 mehr als im Vorjahr. Trotz dieses leichten Anstiegs bei der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen hatten bis Mai 1979 absolut und relativ wesentlich mehr Schulabgänger einen Ausbildungsplatz gefunden als noch vor einem Jahr. 73% aller Entlassschüler, die eine Lehre absolvieren wollen, hatten bis Mai bereits einen gesicherten Ausbildungsplatz oder eine feste Zusage. Im Vorjahr hatte dieser Prozentsatz noch bei 68% gelegen. Absolut gesehen hat sich die Zahl der Schulabgänger mit einem Ausbildungsvertrag um 2 650 auf 30 134 erhöht.

Entsprechend niedriger ist die Zahl derer, die im Mai noch einen Ausbildungsplatz suchten. Ihre Zahl verringerte sich von 13 223 im Vorjahr auf 11 257 in diesem Jahr. Ihr Anteil an der Zahl der Entlassschüler, die eine berufliche Ausbildung im dualen System anstreben, ging um 5 Prozentpunkte auf 27% zurück. Damit hat sich die Situation der Schulabgänger gegenüber den Vorjahren erheblich verbessert, wenn auch noch nicht von einer völligen Entspannung der schwierigen Lage am Ausbildungsplatzmarkt gesprochen werden kann.

Immer mehr Abiturienten wollen eine Lehre machen

Interessante Aufschlüsse vermitteln die Befragungsergebnisse der Schüler in Klassenstufe 13 der Gymnasien, die überwiegend ihre Schule mit Hochschulreife verlassen werden. Von den Befragten in Klassenstufe 13 der Gymnasien strebte jeder 9. eine Ausbildung im dualen System an. Im Vorjahr wollte noch jeder 10. aus dieser Jahrgangsstufe eine Lehre absolvieren.

Problemgruppen unter den Ausbildungsplatzsuchenden sind nach wie vor Schulabgänger, die die Schule vor Erreichen eines Abschlusses verlassen, Schulabgänger aus Sonderschulen und Mädchen. Von den rund 700 Schulabgängern aus Hauptschulen, die die Schule aus Klassenstufe 7 und darunter vorzeitig verlassen werden und einen Ausbildungsplatz anstreben, war im Mai mehr als die Hälfte noch ohne Vertrag bzw. ohne eine feste Zusage für eine Lehrstelle. Ähnliche Werte zeigen sich für die Entlassschüler aus Sonderschulen, die eine Lehre absolvieren wollen; hier waren 410 von insgesamt 767 Schülern zum Zeitpunkt der Befragung noch ohne Lehrstelle.

Für die weiblichen Schulabgänger aus allen Schularten mit Ausnahme der Gymnasien und der beruflichen Gymnasien ist die Suche nach einem Ausbildungsplatz offensichtlich schwieriger als für ihre männlichen Klassenkameraden. Obwohl weniger als die Hälfte der Entlassschüler, die eine berufliche Ausbildung im dualen System durchlaufen wollen, weiblichen Geschlechts ist, liegt der Anteil der Mädchen an den Schülern, die im Mai noch einen Ausbildungsplatz suchten, bei 56%. Während von den Jungen mehr als drei Viertel bereits einen Lehrherren gefunden hatten, waren es bei den Mädchen nur etwas mehr als zwei Drittel.

Schulabgänger aus Berufsgrundschuljahr, 1- und 2jährigen Berufsfachschulen (ohne höhere Berufsfachschulen),
Fachoberschulen und beruflichen Gymnasien nach Verwaltungsbezirken 1979

Verwaltungsbezirk	Be- fragte Entlaß- schüler ins- gesamt	Davon										
		streben eine Ausbildung im dualen System an		davon				streben eine Aus- bildung im öffent- lichen Dienst an	gehen zur Bundes- wehr/ Bundes- grenz- schutz/ Ersatz- dienst	streben einen Arbeits- platz, aber keine Aus- bildung an	streben eine weitere schu- liche Aus- bildung an	wollen zu Hause bleiben (einschl. mit- helfende Familien- an- gehörige)
				mit gesichertem Aus- bildungs- platz		suchen noch einen Aus- bildungs- platz						
				Anzahl	%	Anzahl	%					
Kreisfreie Stadt Koblenz	834	392	47,0	260	66,3	132	33,7	5,2	5,0	10,3	32,1	0,4
Landkreise												
Ahrweiler	244	159	65,2	116	73,0	43	27,0	4,5	5,3	2,9	20,1	2,0
Altenkirchen (Ww.)	282	148	52,5	85	57,4	63	42,6	0,7	3,9	17,0	25,9	-
Bad Kreuznach	695	393	56,5	302	76,8	91	23,2	3,5	9,9	6,2	23,2	0,7
Birkenfeld	340	201	59,1	99	49,3	102	50,7	3,2	10,0	5,3	22,4	-
Cochem-Zell	215	116	54,0	78	67,2	38	32,8	7,9	7,9	5,1	23,7	1,4
Mayen-Koblenz	409	263	64,3	147	55,9	116	44,1	2,4	4,6	3,7	24,2	0,7
Neuwied	628	319	50,8	235	73,7	84	26,3	3,3	10,2	3,3	31,7	0,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	470	321	68,3	213	66,4	108	33,6	3,0	1,3	6,4	20,4	0,6
Rhein-Lahn-Kreis	267	178	66,7	125	70,2	53	29,8	3,7	9,4	5,6	14,6	-
Westerwaldkreis	401	286	71,3	202	70,6	84	29,4	3,7	7,0	1,7	16,2	-
RB Koblenz	4 785	2 776	58,0	1 862	67,1	914	32,9	3,7	6,9	6,3	24,6	0,5
Kreisfreie Stadt Trier	1 198	741	61,9	402	54,3	339	45,7	2,6	3,3	6,2	25,2	0,8
Landkreise												
Bernkastel-Wittlich	435	223	51,3	129	57,8	94	42,2	1,6	10,6	8,5	26,2	1,8
Bitburg-Prüm	471	297	63,1	144	48,5	153	51,5	3,2	0,2	9,6	22,9	1,1
Daun	315	230	73,0	155	67,4	75	32,6	0,6	6,0	4,1	15,2	1,0
Trier-Saarburg	279	210	75,3	153	72,9	57	27,1	1,8	5,0	3,6	13,6	0,7
RB Trier	2 698	1 701	63,0	983	57,8	718	42,2	2,2	4,4	6,6	22,6	1,0
Kreisfreie Städte												
Frankenthal (Pfalz)	279	172	61,6	114	66,3	58	33,7	2,5	2,9	4,7	26,9	1,4
Kaiserslautern	696	284	40,8	173	60,9	111	39,1	2,6	9,9	13,4	31,9	1,4
Landau i.d.Pfalz	293	133	45,4	80	60,2	53	39,8	5,5	8,2	3,8	37,2	-
Ludwigshafen a.Rhein	843	488	57,9	308	63,1	180	36,9	1,1	4,9	10,9	24,3	0,9
Mainz	1 100	560	50,9	438	78,2	122	21,8	2,6	5,6	6,4	33,8	0,6
Neustadt a.d.Weinstr.	346	216	62,4	137	63,4	79	36,6	2,6	3,5	3,5	27,7	0,3
Pirmasens	188	121	64,4	62	51,2	59	48,8	7,4	6,4	4,8	14,9	2,1
Speyer	280	150	53,6	95	63,3	55	36,7	3,2	2,1	8,9	30,0	2,1
Worms	565	339	60,0	234	69,0	105	31,0	3,2	5,8	9,4	21,2	0,4
Zweibrücken	318	205	64,5	86	42,0	119	58,0	2,2	6,3	6,0	21,1	-
Landkreise												
Alzey-Worms	171	144	84,2	103	71,5	41	28,5	1,2	-	4,1	10,5	-
Bad Dürkheim	196	134	68,4	98	73,1	36	26,9	10,2	-	9,2	9,2	3,1
Donnersbergkreis	236	181	76,7	123	68,0	58	32,0	3,0	1,3	1,7	16,1	1,3
Germersheim	454	284	62,6	168	59,2	116	40,8	7,9	1,1	13,2	13,9	1,3
Kaiserslautern	235	136	57,9	70	51,5	66	48,5	2,6	1,3	13,2	24,7	0,4
Kusel	332	236	71,1	123	52,1	113	47,9	-	1,2	13,6	11,7	2,4
Südliche Weinstraße	238	187	78,6	115	61,5	72	38,5	6,7	3,4	3,4	8,0	-
Ludwigshafen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Mainz-Bingen	460	340	73,9	252	74,1	88	25,9	2,4	1,3	3,7	18,5	0,2
Pirmasens	266	189	71,1	114	60,3	75	39,7	4,1	0,8	4,5	19,5	-
RB Rheinhessen-Pfalz	7 496	4 499	60,0	2 893	64,3	1 606	35,7	3,3	4,2	8,0	23,6	0,9
Rheinland-Pfalz	14 979	8 976	59,9	5 738	63,9	3 238	36,1	3,2	5,1	7,2	23,7	0,8
Kreisfreie Städte	6 940	3 801	54,8	2 389	62,9	1 412	37,1	3,0	5,3	8,0	28,1	0,8
Landkreise	8 039	5 175	64,4	3 349	64,7	1 826	35,3	3,4	4,9	6,5	20,0	0,8

Schulabgänger aus Hauptschulen nach Verwaltungsbezirken 1979

Verwaltungsbezirk	Be- fragte Entlaß- schüler ins- gesamt	Davon										
		streben eine Ausbildung im dualen System an		davon		suchen noch einen Aus- bildungs- platz		streben eine Aus- bildung im öffent- lichen Dienst an	gehen zur Bundes- wehr/ Bundes- schutz/ Ersatz- dienst	streben einen Arbeits- platz, aber keine Aus- bildung an	streben eine weitere schu- liche Aus- bildung an	wollen zu Hause bleiben (einschl. mit- helfende Familien- an- gehörige)
				Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
Kreisfreie Stadt Koblenz	866	540	62,4	372	68,9	168	31,1	2,5	0,1	2,8	31,1	1,2
Landkreise												
Ahrweiler	1 075	668	62,1	543	81,3	125	18,7	1,1	-	1,4	34,9	0,5
Altenkirchen (Ww.)	1 498	957	63,9	710	74,2	247	25,8	0,9	0,1	3,7	31,0	0,4
Bad Kreuznach	1 571	818	52,1	599	73,2	219	26,8	0,8	0,2	5,0	40,5	1,4
Birkenfeld	945	541	57,2	323	59,7	218	40,3	1,7	0,8	1,9	38,2	0,1
Cochem-Zell	859	493	57,4	398	80,7	95	19,3	1,6	0,1	1,6	38,8	0,5
Mayen-Koblenz	1 868	1 225	65,6	903	73,7	322	26,3	0,6	-	2,9	30,5	0,4
Neuwied	1 543	913	59,2	743	81,4	170	18,6	0,6	-	1,9	37,8	0,5
Rhein-Hunsrück-Kreis	988	538	54,5	450	83,6	88	16,4	0,7	0,2	1,5	42,6	0,5
Rhein-Lahn-Kreis	1 110	725	65,3	601	82,9	124	17,1	1,4	-	1,0	32,1	0,2
Westerwaldkreis	1 926	1 294	67,2	1 022	79,0	272	21,0	0,7	-	3,5	28,3	0,3
RB Koblenz	14 249	8 712	61,1	6 664	76,5	2 048	23,5	1,0	0,1	2,7	34,5	0,5
Kreisfreie Stadt Trier	930	613	65,9	341	55,6	272	44,4	1,1	-	0,5	31,9	0,5
Landkreise												
Bernkastel-Wittlich	1 260	848	67,3	628	74,1	220	25,9	1,3	0,3	2,4	27,5	1,3
Bitburg-Prüm	1 324	731	55,2	544	74,4	187	25,6	1,1	0,1	1,3	41,9	0,5
Dahn	707	365	51,6	284	77,8	81	22,2	0,3	-	1,1	46,8	0,1
Trier-Saarlautern	1 192	736	61,7	525	71,3	211	28,7	0,4	-	2,0	35,2	0,7
RB Trier	5 413	3 293	60,8	2 322	70,5	971	29,5	0,9	0,1	1,6	36,0	0,7
Kreisfreie Städte												
Frankenthal (Pfalz)	391	249	63,7	198	79,5	51	20,5	1,0	-	3,6	30,2	1,5
Kaiserslautern	894	514	57,5	336	65,4	178	34,6	1,5	0,3	5,4	34,0	1,3
Landau i.d.Pfalz	359	253	70,5	172	68,0	81	32,0	0,6	0,8	2,2	25,3	0,6
Ludwigshafen a.Rhein	1 416	891	62,9	625	70,1	266	29,9	0,4	-	4,2	31,6	0,8
Mainz	1 132	704	62,2	538	76,4	166	23,6	0,8	0,1	3,3	32,9	0,8
Neustadt a.d.Weinstr.	499	306	61,3	220	71,9	86	28,1	1,0	-	3,0	34,5	0,2
Pirmasens	533	260	48,8	175	67,3	85	32,7	0,8	0,2	18,0	32,3	-
Speyer	386	233	60,4	156	67,0	77	33,0	2,3	-	2,6	34,7	-
Worms	744	419	56,3	312	74,5	107	25,5	1,3	-	4,7	36,7	0,9
Zweibrücken	341	190	55,7	130	68,4	60	31,6	1,5	1,2	5,3	35,5	0,9
Landkreise												
Alzey-Worms	1 026	640	62,4	520	81,3	120	18,8	1,1	1,0	1,9	33,3	0,4
Bad Dürkheim	1 098	652	59,4	490	75,2	162	24,8	0,5	0,1	3,7	35,7	0,5
Donnersbergkreis	864	528	61,1	399	75,6	129	24,4	1,6	0,1	2,9	33,1	1,2
Germersheim	1 187	704	59,3	551	78,3	153	21,7	1,1	-	6,6	32,5	0,5
Kaiserslautern	1 040	650	62,5	492	75,7	158	24,3	0,9	-	2,6	33,4	0,7
Kusel	907	558	61,5	418	74,9	140	25,1	0,8	-	1,0	36,7	-
Südliche Weinstraße	1 019	651	63,9	516	79,3	135	20,7	0,6	0,3	6,0	28,9	0,3
Ludwigshafen	1 172	786	67,1	645	82,1	141	17,9	0,4	-	5,9	26,4	0,3
Mainz-Bingen	1 390	885	63,7	720	81,4	165	18,6	1,6	0,1	1,4	32,9	0,3
Pirmasens	1 152	620	53,8	461	74,4	159	25,6	0,5	0,1	15,3	29,5	0,8
RB Rheinhessen-Pfalz	17 550	10 693	60,9	8 074	75,5	2 619	24,5	0,9	0,2	4,9	32,4	0,6
Rheinland-Pfalz	37 212	22 698	61,0	17 060	75,2	5 638	24,8	1,0	0,1	3,6	33,7	0,6
Kreisfreie Städte	8 491	5 172	60,9	3 575	69,1	1 597	30,9	1,2	0,2	4,3	32,6	0,8
Landkreise	28 721	17 526	61,0	13 485	76,9	4 041	23,1	0,9	0,1	3,4	34,1	0,5

Einseitige Berufswünsche

Erschwert wird die Situation der Entlaßschüler ohne Ausbildungsplatz dadurch, daß sie ihre Berufswünsche nur auf wenige Berufe konzentrieren, für die der Bedarf an Auszubildenden bereits gedeckt ist. So erstreben fast zwei Drittel aller Ausbildungsplatzsuchenden Berufe in den Berufsgruppen kaufmännische und Verwaltungsberufe (35%), Gesundheits- und Körperpflegeberufe und Metallberufe (je 15%). Noch stärker konzentrieren sich die Mädchen auf nur zwei der 16 erfragten Berufsgruppen, und zwar auf kaufmännische und Verwaltungsberufe (49%) und Gesundheits- und Körperpflegeberufe (26%). Da es jedoch nicht genug Ausbildungsplätze in diesen traditionellen Frauenberufen gibt, dürfte die Versorgung der Mädchen mit Ausbildungsplätzen Schwierigkeiten bereiten. Obwohl immer wieder darauf hingewiesen wird, daß für diese Berufsgruppen die Nachfrage nach Ausbildungsstellen das Angebot übersteigt, hat hier offensichtlich noch keine nennenswerte Umorientierung bei den Schulabgängern stattgefunden.

Öffentlicher Dienst weniger gefragt

Von den Schulabgängern, die in einen Beruf abgehen werden, suchen allerdings nicht alle einen beruflichen Ausbildungsplatz im dualen System. Ein Teil strebt auch eine Ausbildung im öffentlichen Dienst als Beamtenanwärter an. Allerdings ging die Zahl dieser Schüler gegenüber dem Vorjahr um rund 940 und damit von 3,8 auf 2,6% aller Befragten zurück. Von den Schulabgängern, die in den öffentlichen Dienst wollten, hatten im Mai bereits zwei Drittel einen Ausbildungsplatz, doch immerhin 655 Schulabgänger suchten noch eine Ausbildungsstelle im öffentlichen Dienst. Im Vorjahr war diese Zahl allerdings noch doppelt so groß gewesen.

Keinen Ausbildungs- sondern einen Arbeitsplatz suchten 4,4% (3 348) aller befragten Schulabgänger, das sind rund 250 Schüler mehr als im Vorjahr. Die meisten dieser Schulabgänger kommen aus Hauptschulen (1 332), Sonderschulen (776), dem Berufsgrundschuljahr (497) und den Berufsfachschulen (428). Bei den Schulabgängern aus Hauptschulen sind es in erster Linie vorzeitig, also ohne Abschluß abgehende Schüler, die einen Arbeitsplatz suchen. Offensichtlich wollen überwiegend diejenigen Entlaßschüler keine weitere Ausbildung, die keine Chance sehen, überhaupt einen Ausbildungsplatz zu finden.

Ein Teil der Schüler aus allgemein- und berufsbildenden Schulen wird nach der Schulentlassung zur Bundeswehr, zum Bundesgrenzschutz oder zum Ersatzdienst gehen. Hier liegt allerdings eine gewisse Unsicherheit im Zahlenmaterial vor, da die Einberufungsbescheide in der Regel im Mai/Juni versandt werden. Zum Zeitpunkt der Befragung wissen einige Schüler daher noch nicht, ob sie mit ihrer Einberufung bzw. Einstellung rechnen können. Im Mai gaben aber 2,8% der befragten Schüler an, daß sie zur Bundeswehr, zum Ersatzdienst oder zum Bundesgrenzschutz gehen werden, fast die Hälfte von ihnen hatte bereits den Einberufungsbescheid bzw. die Einstellungszusage.

Trend zur weiteren schulischen Ausbildung hält an

In den vergangenen beiden Jahren zeichnete sich bei den Schulabgängern ein Trend zur weiteren schulischen bzw. Hochschulausbildung ab. Dieser Trend setzte sich in diesem Maße bei den Schulabgängern aus Hauptschulen, Sonderschulen, Realschulen und aus Gymnasien bis Klassenstufe 12 weiter fort. Völlig abweichend von dieser Entwicklung ist das Verhalten der Schüler aus Jahrgangsstufe 13 der Gymnasien. Von ihnen wollten sowohl relativ als auch absolut weniger als im Vorjahr auf eine Hochschule.

Für die Schüler aus Hauptschulen, Sonderschulen und Realschulen ist die Ausrichtung auf einen weiteren Schulbesuch offenbar eine Reaktion auf die Probleme, die die Schüler bei der Suche nach einem beruflichen Ausbildungsplatz erwarten. Dies läßt sich auch daraus schließen, daß vor allem die Schulabgänger aus den Problemgruppen eine weitere Schulbildung suchen. So ist beispielsweise der Anteil der vorzeitig aus der Hauptschule abgehenden Schüler und der Entlaßschüler aus Sonderschulen, die nach diesem Schulbesuch ein Berufsgrundschuljahr besuchen wollen, beachtlich hoch; und es streben sowohl relativ als auch absolut mehr Mädchen als Jungen eine weitere Schulbildung an. Umgekehrt dürften einerseits die Situation an den Hochschulen und die Probleme der Akademiker auf dem Arbeitsmarkt, andererseits die guten Chancen der Abiturienten bei der Suche nach Ausbildungsstellen bei den Schülern aus Jahrgangsstufe 13 der Gymnasien den Trend zur beruflichen Ausbildung verstärkt haben.

Diplom-Volkswirtin G. Kernich-Möhringer

Studien- und Berufswünsche 1979

Die Möglichkeit zur Aufnahme eines Studiums ist nicht mehr der alleinige Grund, die Hochschul- oder Fachhochschulreife zu erwerben. In zunehmendem Maße schlagen Abiturienten und Fachoberschüler andere, nicht akademische Berufswege ein. Das zeigen die Ergebnisse einer Befragung von rund 10 400 Schülern in den Abschlußklassen von allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen, Kollegs und Fachoberschulen in Rheinland-Pfalz, die im Februar 1979 durchgeführt wurde.

Die in die Erhebung einbezogenen Abiturienten und Fachoberschüler sollten angeben, welchen Schulabschluß sie anstrebten, ob sie studieren wollten oder nicht, wann und wo sie welches Fach studieren wollten und welches Berufsziel sie hatten, falls sie kein Studium anstrebten. Rechtsgrundlage für diese Erhebung, die in jedem Jahr bundeseinheitlich durchgeführt wird, bildet das Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz) vom 31. August 1971.

Jahr	Ins- gesamt	An Grund- und Haupt- schulen/ Sonder- schulen	An Real- schulen	An Gym- nasien	An berufs- bil- denden Schulen
1972	31,1	9,5	5,5	13,8	2,3
1973	27,2	9,8	3,2	11,6	2,6
1974	26,2	8,2	3,0	11,5	3,5
1975	25,4	7,2	2,1	11,3	4,7
1976	13,7	2,6	1,4	8,6	1,2
1977	13,4	3,1	1,4	8,3	0,7
1978	13,2	3,4	1,0	7,9	0,8
1979	13,5	3,1	1,6	7,9	0,8

Ursprünglich sollte diese Befragung Daten für Vorausschätzungen der Studienanfängerzahlen liefern und damit der Hochschulplanung rechtzeitig über mögliche Engpässe im Hochschulbereich Aufschluß geben. Doch mit dem aus dieser - kurz Abiturientenbefragung genannten - Erhebung gewonnenen Datenmaterial konnte der zunehmende Andrang zu den Hochschulen nicht mehr gesteuert werden, so daß sie nun die Aufgabe hat, Daten über die Absichten der Studienberechtigten zu ermitteln, die möglichst unverfälscht von Überlegungen zum Numerus clausus sein sollen.

Zum Zeitpunkt der Befragung im Februar wissen natürlich noch nicht alle Abiturienten und Fachoberschüler, welchen Weg sie einschlagen wollen. Sie sind dann auch noch nicht sicher, ob sie die Hochschul- oder Fachhochschulreife überhaupt erreichen werden.

Dennoch gibt die Ermittlung der Absichten der künftigen Studienberechtigten interessante Aufschlüsse, vor allem im Vergleich zu den Absichtserklärungen der Schüler in den Vorjahren.

Zwei Drittel wollen studieren

So zeigt sich, daß der Trend zur abnehmenden Studienneigung, der seit 1973 festzustellen war, erstmals zum Stillstand kam. Im vergangenen Jahr wollten 67% aller befragten Schüler studieren, in diesem Jahr ist der Anteil mit 67,6% etwas höher. 1972 hatten noch 9 von 10 Abiturienten und Fachoberschülern die Absicht, nach Erlangung der Hochschul- bzw. Fachhochschulreife zu studieren. Seither ist der Anteil der Studienwilligen bis 1978 ständig gesunken.

Die Studienneigung der Schülerinnen ist weniger stark als die der Schüler. 70% der Abiturienten und Fachoberschüler, aber nur 64% ihrer Klassenkameradinnen hatten im Februar vor, nach dem Schulabschluß eine Hochschule zu besuchen.

Interessanterweise ist die Studienwilligkeit der Schüler aus Fachoberschulen und Kollegs, also überwiegend solcher Schüler, die den zweiten Bildungsweg einschlugen, stärker ausgeprägt als bei Schülern aus Gymnasien.

Schüler in den Abschlußklassen 1979

Schulart	Befragte Schüler insgesamt	Mit Studienabsicht				Unentschieden		Ohne Studienabsicht	
		zusammen	unmittelbar nach Erwerb der Hochschul-/ Fachhoch- schulreife	zu einem späteren Termin					
					Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl
Insgesamt									
Gymnasien	7 698	5 126	66,6	4 234	892	1 559	20,3	1 013	13,2
Integrierte Gesamtschulen	68	41	60,3	35	6	18	26,5	9	13,2
Berufliche Gymnasien	495	308	62,2	247	61	118	23,8	69	13,9
Fachoberschulen	2 026	1 468	72,5	1 308	160	412	20,3	146	7,2
Kollegs	81	63	77,8	62	1	13	16,0	5	6,2
I n s g e s a m t	10 368	7 006	67,6	5 886	1 120	2 120	20,4	1 242	12,0
Männlich									
Gymnasien	4 032	2 784	69,0	2 277	507	889	22,0	359	8,9
Integrierte Gesamtschulen	31	20	64,5	16	4	6	19,4	5	16,1
Berufliche Gymnasien	317	212	66,9	167	45	72	22,7	33	10,4
Fachoberschulen	1 623	1 189	73,3	1 055	134	326	20,1	108	6,7
Kollegs	56	45	80,4	44	1	8	14,3	3	5,4
Zusammen	6 059	4 250	70,1	3 559	691	1 301	21,5	508	8,4
Weiblich									
Gymnasien	3 666	2 342	63,9	1 957	385	670	18,3	654	17,8
Integrierte Gesamtschulen	37	21	56,8	19	2	12	32,4	4	10,8
Berufliche Gymnasien	178	96	53,9	80	16	46	25,8	36	20,2
Fachoberschulen	403	279	69,2	253	26	86	21,3	38	9,4
Kollegs	25	18	72,0	18	-	5	20,0	2	8,0
Zusammen	4 305	2 756	64,0	2 327	429	819	19,0	734	17,0

Studienwillige des gesamten Bundesgebietes mit angestrebtem Hochschulort
in Rheinland-Pfalz 1979

Bundesland	Insgesamt	In Rheinland-Pfalz wollen studieren ¹⁾			
		zusammen	an Universitäten	an Erziehungs- wissenschaftlichen Hochschulen	an Fachhochschulen
Schleswig-Holstein	3 541	22	11	1	10
Niedersachsen	11 333	68	29	2	37
Nordrhein-Westfalen	40 206	423	132	23	268
Hessen	12 270	876	642	92	142
Rheinland-Pfalz	7 006	3 046	1 665	181	1 200
Baden-Württemberg	14 687	109	68	6	35
Bayern	22 036	66	17	4	45
Saarland	2 482	306	118	6	182
Bremen, Hamburg und Berlin (West)	6 577	17	8	-	9
I n s g e s a m t	120 138	4 933	2 690	315	1 928

1) Ohne Studienwillige, die an kirchlichen Hochschulen studieren wollten oder keine Angaben machten.

Nicht alle Studienwilligen wollten direkt nach dem Erwerb der Studienberechtigung in den Hochschulbereich überwechseln. Jeder Sechste plante, zunächst eine anderweitige Ausbildung zu absolvieren und dann erst zu studieren. Damit ist zu erwarten, daß nach den Ergebnissen dieser Befragung nur 57% der 10 368 in die Erhebung einbezogenen Schüler, das sind rund 5 900, zum Wintersemester 1979/80 an die Hochschulen gehen werden. Diese Zahl wird natürlich noch erhöht um diejenigen Studienberechtigten, die zu einem früheren Termin die Hochschulzugangsberechtigung erwarben und den Beginn des Studiums auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Andererseits werden einige dieser Studienwilligen auch noch mit ihrer Einberufung zur Bundeswehr rechnen müssen, so daß sich für sie der Studienbeginn verzögern kann.

Jeder Fünfte noch unentschieden

Möglich ist es aber auch, daß sich die Zahl der Studienwilligen noch erhöht. Denn immerhin hatte sich bis zum Befragungszeitpunkt jeder fünfte Schüler in den Abschlußklassen noch nicht hinsichtlich seines weiteren Bildungs- bzw. Berufsweges entschieden. Die Unsicherheit unter den Abiturienten und Fachoberschülern ist seit 1972 immer mehr gewachsen.

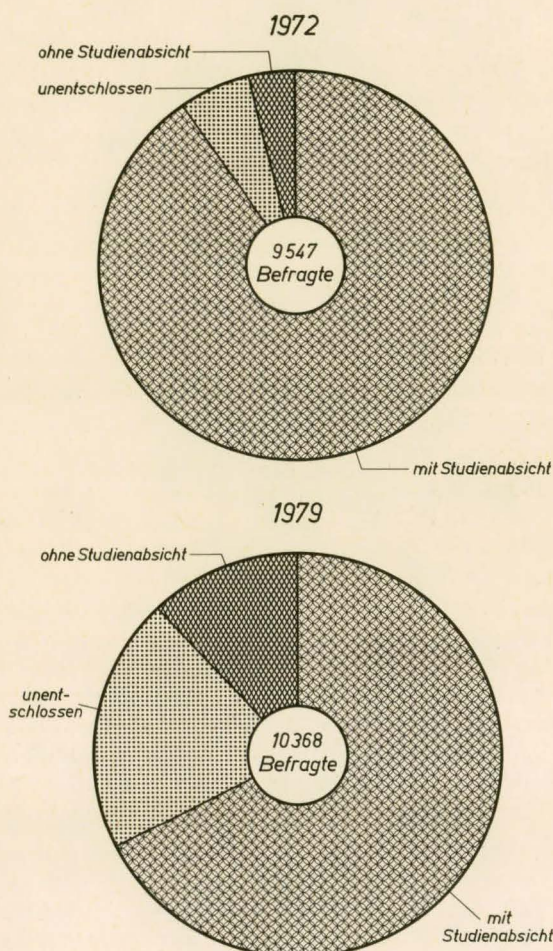
Es ist zu erwarten, daß sich einige der Unentschlossenen bis zum Schuljahresende doch noch für ein Studium entscheiden werden. Dies zeigt auch ein Vergleich der Ergebnisse der Abiturientenbefragung vom Februar mit den Werten, die sich aus einer Befragung der Schulabgänger im Mai ergaben. Betrachtet man hier die vergleichbaren Schülergruppen, das heißt, schließt man die Abiturienten aus den Kollegs

Studienwillige aus Rheinland-Pfalz¹⁾ nach dem Bundesland des angestrebten Hochschulortes 1979

Bundesland	Insgesamt		Mit angestrebter Hochschulreife		Mit angestrebter Fachhochschulreife	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Schleswig-Holstein	42	0,6	35	0,7	7	0,5
Hamburg	49	0,7	45	0,9	4	0,3
Niedersachsen	88	1,3	77	1,5	11	0,8
Bremen	10	0,1	7	0,1	3	0,2
Nordrhein-Westfalen	1 092	16,2	923	17,5	169	11,7
Hessen	596	8,9	407	7,7	189	13,1
Rheinland-Pfalz	3 046	45,3	2 237	42,3	809	56,1
Baden-Württemberg	1 021	15,2	873	16,5	148	10,3
Bayern	385	5,7	337	6,4	48	3,3
Saarland	239	3,6	211	4,0	28	1,9
Berlin (West)	158	2,3	132	2,5	26	1,8
I n s g e s a m t	6 726	100,0	5 284	100,0	1 442	100,0

1) Ohne 280 Studienwillige, die an Philosophisch-theologischen und kirchlichen Hochschulen, Kunsthochschulen oder Hochschulen im Ausland studieren wollten oder keine Angaben machten.

Studienabsicht der Abiturienten und Fachoberschüler 1972 und 1979



aus dem Vergleich aus, da sie nicht in die Schulabgängerbefragung einbezogen waren, so zeigt sich, daß im Februar von den 10 300 Befragten 57% direkt nach dem Schulabschluß studieren wollten. Bis Mai erhöhte sich der Anteil derer, die nach dem Schulbesuch ein Studium beginnen wollten, bei den dann 10 200 Befragten auf immerhin 60%.

Bei der Erhebung im Februar war jedoch nicht nach einer möglichen Einberufung zur Bundeswehr bzw. zum Zivildienst gefragt worden, im Mai dagegen wurde auch diese Frage gestellt. Da anzunehmen ist, daß auch ein Teil der Abiturienten und Fachoberschüler, die noch im Februar angaben, direkt nach dem Erwerb der Hochschul- bzw. Fachhochschulreife studieren zu wollen, im Mai bereits einen Einberufungsbescheid hatte bzw. mit einem solchen Bescheid rechnete, dürfte der Anteil der Studienwilligen noch etwas höher liegen. Ein großer Teil der im Februar noch Unentschlossenen wird sich folglich doch noch für ein Studium entscheiden.

Dennoch ist die Zahl und der Anteil derer, die überhaupt nicht studieren wollen, sehr hoch. Im Februar

hatte jeder achte Schüler in den Abschlußklassen nicht die Absicht, ein Studium aufzunehmen. Dabei ist der Anteil der Mädchen wesentlich höher als der der Jungen. Allerdings sank der Anteil der Schüler ohne Studienabsicht gegenüber dem Vorjahr etwas, nachdem er zwischen 1972 und 1978 von 3,7% auf 13,2% angeiegen war.

Das Verhalten der Abiturienten und Fachoberschüler orientiert sich offensichtlich sowohl an den guten Chancen, die Schüler mit Hochschul- oder Fachhochschulreife am Ausbildungsstellenmarkt haben als auch an der gegenwärtig relativ schlechten Arbeitsmarktsituation für Akademiker, hier vor allem für Lehrer.

Nur noch wenige mit Berufsziel Lehrer

Denn ebenso drastisch, wie sich seit 1972 die Studienwilligkeit rückläufig entwickelte, ging auch die Zahl derer zurück, die das Berufsziel Lehrer hatten. Wollte 1972 noch nahezu ein Drittel aller Studienwilligen einen Lehramts-Studiengang aufnehmen, waren es im Februar 1979 nur 13,5%. Mehr als die Hälfte aller Studienwilligen, die den Lehrerberuf ergreifen wollen, haben sich für ein Lehramt an Gymnasien entschieden, insgesamt 556 Abiturienten. Offensichtlich bestehen hier hinsichtlich der Einstellungschancen von Lehrkräften an Gymnasien bei den Abiturienten viel zu hohe Erwartungen. Denn stellt man der Zahl der potentiellen Anwärter auf das Lehramt an Gymnasien die Zahl der zur Zeit in Rheinland-Pfalz an Gymnasien unterrichtenden Lehrkräfte von 6 000 gegenüber, zeigt sich, daß die Zahl der künftigen Anwärter auf das Lehramt an Gymnasien den Bedarf an solchen Lehrkräften weit übersteigt.

Bei dem Fach der ersten Wahl konzentrieren sich die Studienwünsche der Abiturienten und Fachoberschüler auf Wirtschaftswissenschaften (9,1%), Maschinenbau und Verfahrenstechnik (8,8%), Sozialwesen (7%), Elektrotechnik (5,6%) und Humanmedizin (4,8%). Das bedeutet, daß mehr als ein Drittel aller Studienwilligen Fächer in nur fünf Studienbereichen wählten.

Etwas anders sieht die Verteilung aus, wenn man nur die Abiturienten betrachtet. Bei ihnen liegen ebenfalls Wirtschaftswissenschaften (8,2%) an erster Stelle, gefolgt von Humanmedizin und Rechtswissenschaften (jeweils 6,1%) sowie Sozialwesen und Maschinenbau (jeweils 4,9%). Von den Fachoberschülern wollen nahezu ein Viertel Maschinenbau studieren, 15,3% Elektrotechnik, 14,6% Sozialwesen und 12,4% Wirtschaftswissenschaften. Damit suchten sich rund zwei Drittel der Fachoberschüler die Fächer der ersten Wahl in nur vier Studienbereichen aus.

Mehr als 45% der rheinland-pfälzischen Studienwilligen beabsichtigen, an einer Hochschule in Rheinland-Pfalz zu studieren. Auch die Hochschulen in den angrenzenden Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Hessen sind für die Studienwilligen aus Rheinland-Pfalz interessant. Hochschulorte in diesen drei Bundesländern wurden von zwei Fünfteln bevorzugt genannt.

² Diplom-Volkswirtin G. Kernich-Möhringer

Personal des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände 1970 bis 1978

Die sich wandelnden Aufgaben der öffentlichen Verwaltung und die zunehmende Technisierung haben im Verlauf des letzten Jahrzehnts Maßnahmen auf dem personalwirtschaftlichen Sektor ausgelöst, für die eine jährliche Beobachtung des Personalstandes unerläßliche Voraussetzung ist. Nach den Bestimmungen des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Finanzstatistik vom 12. Juli 1973 wurde diesem für eine langfristige personalwirtschaftliche Planung erforderlichen Informationsbedarf Rechnung getragen. Mit dem Jahr 1974 beginnend, sind die Personalerhebungen aufgrund der erwähnten Novelle umfangreicher geworden (vgl. Handbuch der Finanzstatistik 1978, S. 50 ff.).

Die folgenden Zahlen basieren auf der Personalerhebung zum 30. Juni 1978 - hier handelt es sich um die alljährlich durchzuführende Bestandsaufnahme des Personals im öffentlichen Dienst - und auf der umfangreichen Erhebung 1977, bei der zusätzlich Geschlecht, Aufgabenbereich, Einstufung, Alter, Familienstand und Zahl der Kinder erfaßt wurden. Darüber hinaus sollen die wichtigsten personellen Strukturdaten in ihrer Entwicklung von 1970 bis 1977 bzw. 1978 dargestellt werden.

Leichter Anstieg des Beschäftigtenstandes 1978

Mit 131 317 lag die Zahl der Vollbeschäftigten des Landes Rheinland-Pfalz und seiner Gemeinden (Gv.) am 30. Juni 1978 um 1,4% über dem Stand des Jahres 1977; an Teilzeitkräften (mit der Hälfte oder mehr als der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit) wurden 14 189 Personen registriert. Das staatliche Personal ist 1978 um 1 100 Vollbeschäftigte oder 1,3% gegenüber 1977 angewachsen; bei den Gemeinden (Gv.) (+ 1,6%) war die Zuwachsrate geringfügig höher.

Mit + 2,4% wies die Gruppe der Arbeiter im öffentlichen Dienst gegenüber 1977 die höchste Zuwachsrate auf, während die Zahl der Angestellten beim Land und den Gemeinden keine nennenswerte Zunahme verzeichnet. Die Personalzunahme bei der Gruppe der Beamten - fast jeder zweite Vollbeschäftigte im öffentlichen Dienst ist Beamter - geht im wesentlichen zu Lasten des Landes. Infolge der gegenüber 1977 zwischen Land und Gemeinden nur geringfügig differierenden Personalentwicklung sind die prozentualen Anteile an der Gesamtzahl nahezu unverändert geblieben. Das Land verfügt - wie schon in den Vorjahren - über die meisten Vollbeschäftigten. Auf die Kommunen entfiel ein Anteil von 36%.

Betrachtet man die Gesamtentwicklung des Personalstandes über einen längeren Zeitraum, fällt die vergleichsweise geringe Zunahme in den letzten vier Jahren auf (+ 3,5%), nachdem das vollbeschäftigte Personal zwischen 1970 und 1974 um fast 14 000 auf 126 882 (+ 11,8%) angewachsen war. Bei angespannter Haushaltslage hat der Versuch, durch Einstellungsbeschränkungen und natürlichen Abgang den Personalzuwachs zu verringern, diese Entwicklung maßgeblich beeinflußt. Zusätzlicher Personalbedarf wird im öffentlichen Bereich auch durch Teilzeitkräfte aufgefangen, wobei es sich insbesondere um Teilzeitbeschäftigte mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit handelt. Neben den 131 317 Vollbeschäftigten waren im Landesdienst 7 300 (+ 15,1% gegenüber 1977) und im Gemeindedienst knapp 7 000 (- 6,7%) Teilzeitbeschäftigte dieser Kategorie tätig.

Zwei von drei Landesbediensteten sind Beamte

Von den insgesamt 131 317 Personen waren 83 522 beim Land und 47 795 bei den kommunalen Gebiets-

Hauptberuflich vollbeschäftigtes Personal des Landes nach Dienstverhältnissen und Laufbahngruppen 1970 - 1978

Dienstverhältnis Laufbahngruppe	Insgesamt						Veränderung zum Vorjahr				Ver- änderung 1978 · zu 1970 1) 2)
	1970 ¹⁾	1974	1975	1976	1977	1978	1975	1976	1977	1978	
	Anzahl						%				
Beamte ³⁾	42 043	47 713	49 337	50 388	50 581	51 706	3,4	2,1	0,4	2,2	25,0
Höherer Dienst ³⁾	·	14 500	15 202	16 343	11 920	12 244	4,8	7,5	- 27,1	2,7	·
Gehobener Dienst	·	21 397	22 252	22 147	26 672	26 925	4,0	- 0,5	20,4	1,0	·
Mittlerer Dienst	·	11 261	11 384	11 397	11 494	12 050	1,1	0,1	0,9	4,8	·
Einfacher Dienst	·	555	499	501	495	487	- 10,1	0,4	- 1,2	- 1,6	·
Richter ³⁾	·	840	864	869	835	845	2,9	0,6	- 3,9	1,2	·
Angestellte	21 937	24 942	24 528	24 001	22 974	22 767	- 1,7	- 2,1	- 4,3	- 0,9	3,8
Höherer Dienst	·	1 883	2 002	1 982	1 995	2 086	6,3	- 1,0	0,7	4,6	·
Gehobener Dienst	·	6 290	6 265	6 228	5 779	5 823	- 0,4	- 0,6	- 7,2	0,8	·
Mittlerer Dienst	·	15 254	14 976	14 960	14 289	14 129	- 1,8	- 0,1	- 4,5	- 1,1	·
Einfacher Dienst	·	1 515	1 285	831	911	729	- 15,2	- 35,3	9,6	- 20,0	·
Arbeiter	8 144	8 407	8 285	8 245	8 033	8 204	- 1,4	- 0,5	- 2,6	2,1	0,7
Insgesamt	72 124	81 902	83 014	83 503	82 423	83 522	1,4	0,6	- 1,3	1,3	15,8

1) Kein Nachweis nach Laufbahngruppen. - 2) Bei der Veränderungsrate der Beamten sind die Richter mit einbezogen. - 3) 1970 wurden die Richter bei den Beamten des höheren Dienstes erfaßt.

Hauptberuflich vollbeschäftigtes Personal des Landes
und der Gemeinden (Gv.) nach Dienstverhältnissen
1970, 1977 und 1978

Gebiets- körperschafts- gruppe Dienstverhältnis	Insgesamt			Ver- änderung	
	1970	1977	1978	1978 zu 1970	1978 zu 1977
	Anzahl			%	
Land u. Gemeinden (Gv.)	113 495	129 475	131 317	15,7	1,4
Beamte	48 085	58 751	59 904	24,6	2,0
Richter	42 347	48 839	48 995	15,7	0,3
Angestellte	23 063	21 885	22 418	- 2,8	2,4
Arbeiter					
Land	72 124	82 423	83 522	15,8	1,3
Beamte	42 043	51 416	52 551	25,0	2,2
Richter	21 937	22 974	22 767	3,8	- 0,9
Angestellte	8 144	8 033	8 204	0,7	2,1
Arbeiter					
Gemeinden (Gv.)	41 371	47 052	47 795	15,5	1,6
Beamte	6 042	7 335	7 353	21,7	0,3
Angestellte	20 410	25 865	26 228	28,5	1,4
Arbeiter	14 919	13 852	14 214	- 4,7	2,6

körperschaften beschäftigt. Auf 100 hauptberuflich vollbeschäftigte Bedienstete entfielen 46 Beamte, 37 Angestellte und 17 Arbeiter. Unter den Landesbediensteten überwogen die Beamten und Richter mit einem Anteil von nahezu zwei Dritteln, etwa jeder vierte war im Angestelltenverhältnis tätig und knapp 10% waren Arbeiter. Bei den Kommunalverwaltungen dominierten die Beschäftigten im Angestellten- und Arbeiterverhältnis mit Anteilen von 55 bzw. 30%. Die Beamten waren in diesem Bereich mit 15% unterrepräsentiert. Die unterschiedliche Zusammensetzung des Personals von Land und Gemeinden ist auf die Aufgabenverteilung der beiden Ebenen zurückzuführen. Beim Land sind die sehr personalintensiven Aufgabengebiete Bildungswesen, Polizei, Rechtspflege vor allem mit Beamten und Richtern besetzt.

Betrachtet man die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in den einzelnen Dienstverhältnissen im Zeitraum der Jahre 1970 bis 1978 ist zunächst festzustellen, daß die Gesamtentwicklung des Personalstandes beim Land (+ 15,8%) und bei den Gemeinden (+ 15,5%) nahezu gleich gewesen ist. Ganz allgemein hatten die Beamten (+ 24,6%) seit 1970 den stärksten Zugang zu verzeichnen, während sich die Zahl der Arbeiter um knapp 3% verringerte. Durch die überproportionale Zunahme im Schulwesen hat die Gruppe der beim Land beschäftigten Beamten noch an Bedeutung gewonnen. Ihr Anteil am staatlichen Personal erhöhte sich von 58 im Jahre 1970 auf 63% im Jahre 1978, während bei Angestellten und Arbeitern keine nennenswerten zahlenmäßigen Veränderungen festzustellen sind. Bei den Gemeinden hat sich in diesen acht Jahren die Gruppe der Angestellten weiter vergrößert (+ 28,5%) und an Bedeutung gegenüber den Arbeitern gewonnen. 1978 stand etwa jeder zweite Kommunalbedienstete im Angestelltenverhältnis.

Laufbahnstruktur insgesamt nur wenig verändert

Vor der Personalstrukturerhebung 1977 wurden die Beschäftigtenzahlen nach vergleichbar zusammengefaßten Vergütungsgruppen zuletzt 1974 erhoben. Eine

Gegenüberstellung der Ergebnisse zeigt, daß sich die Laufbahnstruktur in diesen drei Jahren nur wenig verändert hat. Nach wie vor stellt der mittlere Dienst fast die Hälfte (44%) aller vollbeschäftigten Beamten, Richter und Angestellten des öffentlichen Dienstes, deren Zahl auf 47 174 angewachsen ist. Ein Anteil von fast vier Zehntel (38%) entfiel auf den gehobenen Dienst (1974: 34%) und 15,5% auf den höheren Dienst (1974: 18%). Dem einfachen Dienst gehörten nur 3 von 100 Beschäftigten an.

Deutliche Unterschiede in der Besetzung der einzelnen Laufbahngruppen werden sichtbar, wenn man diese Beschäftigtengruppen des Landes und der Gemeinden und Gemeindeverbände getrennt untersucht. Beim Land dominiert der gehobene Dienst mit einem Anteil von mehr als vier Zehntel. Jeder Fünfte gehört dem höheren Dienst und etwa jeder Dritte (35%) dem mittleren Dienst an. Bei den rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbänden kommt dem mittleren Dienst die weitaus größte Bedeutung zu. Zwei von drei Bediensteten zählten zu dieser Laufbahngruppe, während nur jeder vierte zum gehobenen Dienst zählte. Der höhere Dienst ist bei den Kommunalverwaltungen zahlenmäßig von geringer Bedeutung. Nur 6 von 100 gehörten dieser Laufbahngruppe an.

Beim Land ist fast jeder zweite Vollbeschäftigte im Bildungsbereich tätig

Von den 145 500 Bediensteten des Landes und der Gemeinden (Gv.) waren zum 30. Juni 1978 mehr als neun Zehntel (136 800) im Bereich der Verwaltung tätig und 8 700 (6%) bei den rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Personalbestand um 1,5% (Verwaltung) bzw. 3,4% (Wirtschaftsunternehmen) erhöht. Im Bereich der Verwaltung zeigt der langfristige Vergleich 1970 bis 1978, daß der Personalbestand bei den Gemeinden (Gv.) (+ 25%) etwas stärker zugenommen

Staatliches und kommunales Personal 1970 und 1978

Körperschaft	1970	1978			Ver- ände- rung
	Anzahl	%	je 10 000 Einw.	%	
<u>Land</u>	75 830	90 819	62,4	249,6	19,8
Vollbeschäftigte	72 124	83 522	57,4	229,5	15,8
Teilzeitbeschäftigte	3 706	7 297	5,0	20,1	96,9
Verwaltung	71 975	87 085	59,8	239,3	21,0
Wirtschaftsunter- nehmen	3 855	3 734	2,6	10,3	- 3,1
<u>Gemeinden (Gv.)</u>	47 490	54 687	37,6	150,3	15,2
Vollbeschäftigte	41 371	47 795	32,9	131,3	15,5
Teilzeitbeschäftigte	6 119	6 892	4,7	18,9	12,6
Verwaltung	39 810	49 699	34,2	136,6	24,8
Wirtschaftsunter- nehmen	7 680	4 988	3,4	13,7	-35,1
Kreisfreie Städte	22 287	22 903	15,7	229,5	2,8
Kreisangehörige Ge- meinden	13 923	11 329	7,8	42,9	-18,6
Landkreise	7 261	9 568	6,6	36,2	31,8
Verbandsgemeinden	2 755	9 458	6,5	45,6	243,3
Bezirksverband Pfalz	1 264	1 429	1,0	11,0	13,1
Insgesamt	123 320	145 506	100,0	399,8	18,0

Hauptberuflich vollbeschäftigtes Personal des Landes nach Aufgabengebieten 1970 – 1978

Aufgabengebiet	1970	1971	1972	1973	1974 ¹⁾	1975	1976	1977	1978
<u>Verwaltung</u>	68 475	71 494	75 263	77 360	78 561	79 594	80 055	79 181	80 070
Politische Führung und zentrale Verwaltung	11 518	11 693	12 057	12 615	12 979	13 147	13 147	12 879	12 994
Politische Führung	1 551	1 637	1 753	1 847	1 890	1 924	1 918	1 924	1 907
Innere Verwaltung	1 796	1 817	1 720	1 780	1 864	1 980	1 991	1 984	2 101
Statistischer Dienst	554	501	508	494	467	451	448	443	438
Finanzverwaltung	6 387	6 469	6 762	7 164	7 391	7 381	7 364	7 142	7 170
Hochbauverwaltung	1 220	1 241	1 275	1 284	1 313	1 358	1 370	1 331	1 322
Öffentliche Sicherheit und Rechtsschutz	13 594	14 047	14 430	14 924	14 763	15 131	15 244	14 982	15 391
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	7 818	8 166	8 420	8 847	8 643	8 851	8 945	8 902	9 220
Polizei	7 700	8 055	8 309	8 733	8 556	8 765	8 859	8 792	9 115
Rechtsschutz	5 776	5 881	6 010	6 077	6 120	6 280	6 299	6 080	6 171
Ordentliche Gerichte und Staats- anwaltschaften	4 578	4 622	4 726	4 767	4 768	4 897	4 893	4 666	4 697
Verwaltungsgerichte	89	93	98	100	98	99	100	99	104
Arbeits- und Sozialgerichte	237	242	246	244	241	260	257	248	251
Justizvollzugsanstalten	847	897	912	937	984	995	1 018	1 036	1 090
Schulwesen	23 922	25 839	27 341	27 651	28 443	28 968	29 472	29 205	29 449
Grund-, Haupt- und Sonderschulen	15 185	16 565	17 100	16 959	17 404	17 905	17 487	16 758	16 165
Realschulen	1 730	1 998	2 099	2 272	2 118	2 201	2 257	2 254	2 337
Gymnasien	4 760	4 879	5 041	5 299	5 251	4 967	5 085	4 908	5 004
Berufsbildende Schulen	2 184	2 321	2 639	2 696	2 559	2 619	2 575	2 735	2 868
Sonstiges	-	5	389	354	1 033	1 276	2 068	2 475	2 956
Hochschulen	6 106	6 411	7 649	8 008	8 136	8 044	7 974	7 996	8 058
Universitäten	2 248	2 551	3 135	3 295	3 209	3 251	3 262	3 318	3 545
Hochschulkliniken	3 058	3 129	3 589	3 698	3 878	3 730	3 634	3 584	3 410
Erziehungswissenschaftliche Hochschule	285	289	382	408	420	431	418	412	390
Fachhochschulen	515	442	543	607	629	632	660	670	700
Sonstiges Bildungswesen	53	54	73	84	88	88	88	103	105
Forschung außerhalb der Hochschulen	171	174	181	193	242	239	287	309	302
Kulturelle Angelegenheiten	56	54	56	124	206	210	211	206	213
Soziale Sicherung	1 916	1 945	1 973	2 009	1 973	1 956	1 873	1 865	1 828
Verwaltung	1 543	1 521	1 473	1 441	1 373	1 328	1 266	1 221	1 173
Sozialamt, Jugendämter	168	176	170	180	183	185	189	186	185
Versorgungsämter	809	821	812	812	794	782	777	800	798
Wiedergutmachungsbehörden	514	469	430	390	363	331	272	209	165
Familien-, Sozial- und Jugendhilfe	172	205	263	313	333	340	337	368	368
Einrichtungen der Sozialhilfe	144	175	229	280	299	301	295	332	333
Arbeitsschutz	169	180	198	212	225	243	224	226	233
Gesundheit, Sport und Erholung	1 523	1 607	1 675	1 721	1 731	1 838	1 817	1 777	1 850
Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	1 523	1 607	1 675	1 721	1 724	1 825	1 803	1 760	1 830
Gesundheitsbehörden	563	568	573	574	574	604	586	564	589
Krankenhäuser und Heilstätten	759	824	872	909	909	961	960	925	979
Maßnahmen des Gesundheitswesens	201	215	230	238	241	260	257	271	262
Wohnungswesen und Raumordnung	1 900	1 949	2 028	2 181	2 177	2 229	2 192	2 303	2 316
Kataster- und Vermessungsverwaltung	1 875	1 925	2 003	2 154	2 152	2 204	2 167	2 280	2 293
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2 036	1 996	2 002	2 009	1 975	1 914	1 969	1 932	1 988
Verwaltung	1 333	1 306	1 292	1 302	1 262	1 234	1 252	1 198	1 220
Ernährung und Landwirtschaft	1 313	1 287	1 278	1 282	1 243	1 215	1 234	1 182	1 204
Sonstige Bereiche	696	684	682	678	682	652	695	734	768
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	437	419	422	433	418	423	421	439	446
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 243	5 306	5 376	5 408	5 430	5 407	5 360	5 185	5 130
Verwaltung für Straßen- und Brückenbau	.	1 186	1 197	1 193	1 223	1 190	1 181	1 222	1 067
Straßen	.	4 120	4 179	4 215	4 207	4 217	4 179	3 963	4 063
<u>Wirtschaftsunternehmen</u>	3 649	3 687	3 825	3 427	3 341	3 420	3 448	3 242	3 452
Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	3 261	3 271	3 414	3 427	3 341	3 420	3 448	3 242	3 452
Sonstige Wirtschaftsunternehmen	388	416	411	-	-	-	-	-	-
Staatsbäder	388	415	411	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	72 124	75 131	79 088	80 787	81 902	83 014	83 503	82 423	83 522

1) Der Vergleich zu 1973 umfaßt keinen vollen Jahreszeitraum, da der Erhebungsstichtag (1973: 2. Oktober) mit dem Jahr 1974 auf den 30. Juni umgestellt wurde.

Personal der Gemeinden (Gv.) 1978

Gebietskörperschaftsgruppe Gemeindegrößenklasse Verbandsgemeindegrößenklasse	Hauptberuflich Vollbeschäftigte							Teilzeitbeschäftigte mit der Hälfte oder mehr als der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit
	ins- gesamt	Beamte		Angestellte		Arbeiter		
		Anzahl	% 1)	Anzahl	% 1)	Anzahl	% 1)	
Kreisfreie Städte	20 536	2 851	13,9	10 264	50,0	7 421	36,1	2 367
100 000 – 200 000 Einw.	12 342	1 718	13,9	6 608	53,5	4 016	32,6	1 291
50 000 – 100 000 "	5 016	767	15,3	2 093	41,7	2 156	43,0	494
20 000 – 50 000 "	3 178	366	11,5	1 563	49,2	1 249	39,3	582
Kreisangehörige Gemeinden, Verbandsgemeinden, Landkreise	25 952	4 369	16,8	15 041	58,0	6 542	25,2	4 403
Verbandsfreie Gemeinden	5 934	797	13,4	3 178	53,6	1 959	33,0	919
50 000 – 100 000 Einw.	1 069	86	8,0	679	63,5	304	28,5	151
20 000 – 50 000 "	2 181	278	12,7	1 225	56,2	678	31,1	331
10 000 – 20 000 "	1 968	322	16,4	924	46,9	722	36,7	332
5 000 – 10 000 "	704	108	15,3	344	48,9	252	35,8	105
Verbandsgemeinden und deren Ortsgemeinden	12 020	2 168	18,0	6 212	51,7	3 640	30,3	1 914
20 000 – 50 000 Einw.	1 822	319	17,5	912	50,1	591	32,4	274
10 000 – 20 000 "	7 556	1 333	17,7	3 969	52,5	2 254	29,8	1 208
5 000 – 10 000 "	2 642	516	19,5	1 331	50,4	795	30,1	432
Verbandsgemeinden	8 104	2 081	25,7	4 787	59,1	1 236	15,2	1 354
20 000 – 50 000 Einw.	1 168	316	27,1	686	58,7	166	14,2	177
10 000 – 20 000 "	5 050	1 270	25,1	3 033	60,1	747	14,8	870
5 000 – 10 000 "	1 886	495	26,3	1 068	56,6	323	17,1	307
Ortsgemeinden	3 916	87	2,2	1 425	36,4	2 404	61,4	560
10 000 – 20 000 Einw.	83	1	1,2	3	3,6	79	95,2	8
5 000 – 10 000 "	1 010	19	1,9	345	34,2	646	63,9	103
3 000 – 5 000 "	648	11	1,7	268	41,4	369	56,9	113
1 000 – 3 000 "	1 349	34	2,5	549	40,7	766	56,8	161
unter 1 000 "	826	22	2,7	260	31,5	544	65,8	175
Landkreise	7 998	1 404	17,5	5 651	70,7	943	11,8	1 570
Bezirksverband Pfalz	1 307	133	10,2	923	70,6	251	19,2	122
Insgesamt	47 795	7 353	15,4	26 228	54,9	14 214	29,7	6 892

1) Anteil an den hauptberuflich Vollbeschäftigten.

hat als bei den Einrichtungen und Behörden des Landes (+ 21%). Das Personal der rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen hat sich gegenüber 1970 um 3% (Land) bzw. 35% (Gemeinden/Gv.) verringert.

Die Gliederung der hauptberuflich vollbeschäftigten Landesbediensteten nach Aufgabenbereichen zeigt im langfristigen Vergleich, wo sich die wichtigsten Veränderungen vollzogen haben, da man die Entwicklung für das Land jährlich bis in die einzelnen Funktionsbereiche verfolgen kann. Welche Bedeutung dem Bildungswesen für die Entwicklung im staatlichen Bereich beizumessen ist, läßt die Feststellung erkennen, daß 45% aller vollbeschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter des Landes im Bildungsbereich tätig sind. Von den 11 400 Vollbeschäftigten, um die sich der Personalstand seit 1970 vergrößert hat, entfielen 7 500 auf das Bildungswesen. Im Schulwesen wurden 1978 insgesamt 29 400 Bedienstete gezählt, das sind 5 500 oder 23% mehr als 1970. Ähnliche Entwicklungstendenzen lassen sich im beobachteten Zeitraum für den Bereich der Wissenschaft erkennen. Die Zahl der dort Beschäftigten erhöhte sich gegenüber 1970 um 32% auf rund 8 000. Weitere Schwerpunkte staatlicher Beschäftigungspolitik sind die Bereiche Öffentliche Sicherheit und Rechtsschutz (+ 13,2%) sowie Politische Führung und zentrale Verwaltung (+ 12,8%). Personalrückgänge waren 1978 nur noch vereinzelt zu

registrieren, nachdem von 1976 auf 1977 Personaleinsparungen in den meisten Bereichen zu einer Personalverminderung um insgesamt 1,3% geführt hatten.

230 Bedienstete auf 10 000 Einwohner bei den kreisfreien Städten

Die Gemeinden und Gemeindeverbände hatten am 30. Juni 1978 einschließlich ihrer rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen einen Personalstand von 54 687 Bediensteten gegenüber 47 490 im Jahr 1970, was einer Zunahme von 7 197 oder 15% gegenüber 1970 entspricht. Die Gliederung nach Gemeindegruppen zeigt deutliche Verschiebungen vor allem bei den kreisangehörigen Gemeinden, deren Personalstand um 19% zurückging, und bei den Verbandsgemeinden, die Personal übernahmen (+ 6 700 Bedienstete). Damit erhöhte sich der Anteil des Personals der Verbandsgemeinden auf 17%, während sich die entsprechende Quote der kreisangehörigen Gemeinden von fast drei Zehnteln auf etwa zwei Zehntel reduzierte. Die Zahl der Bediensteten auf 10 000 Einwohner läßt die Bedeutung der kreisfreien Städte erkennen, bei denen aufgrund ihrer vielfältigen Aufgaben fast 230 Bedienstete auf 10 000 Einwohner kamen. Kreisangehörige Gemeinden (43 Bedienstete) und Verbandsgemeinden (46) hielten sich annähernd die Waage, während Landkreise nur 36 Bedienstete je 10 000 Einwohner stellten.

Zur Jahresmitte 1978 hatten Gemeinden und Gemeindeverbände ein vollbeschäftigtes Personal von 7 353 Beamten, 26 228 Angestellten und 14 214 Arbeitern. Unter den einzelnen Gebietskörperschaftsgruppen war der Anteil an Angestellten bei den Landkreisen (71%) am höchsten und bei den Ortsgemeinden - jeder Dritte ist in diesem Bereich als Angestellter tätig - am niedrigsten. Aufgrund ihrer vielseitigen und umfassenden Aufgaben haben die Verbandsgemeinden (59%) ebenfalls einen deutlich über dem Gesamtdurchschnitt (55%) liegenden Bedarf an Angestellten. Die Beamtenquote (knapp 26%) ist in diesem Bereich sogar höher als bei den anderen Gemeindegruppen. Bei kreisfreien Städten und verbandsfreien Gemeinden entsprechen die Anteile der Beamten (14 bzw. 13%), Angestellten (50 bzw. 54%) und Arbeiter (36 bzw. 33%) annähernd den Werten, die für alle vollbeschäftigten Kommunalbediensteten ermittelt worden sind.

Mehr als 90 von 100 Teilzeitkräften sind Frauen

Die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung wurde

bei Land und Gemeinden (Gv.) am 30. Juni 1978 von insgesamt 14 200 Personen wahrgenommen, und zwar wie seit jeher ganz überwiegend von Frauen. So ergab die Personalstanderhebung 1977, daß von den Teilzeitkräften mit 20 und mehr Wochenarbeitsstunden 95% weiblichen Geschlechts waren, während bei den hauptberuflich Vollbeschäftigten nur etwa jeder dritte Arbeitsplatz von einer Frau besetzt wurde. Man kann davon ausgehen, daß diese Relation auch für 1978 Gültigkeit hat. 49% der Halbtagskräfte waren 1978 im Kommunaldienst und 51% im staatlichen Bereich tätig. Die Masse der Beschäftigten stand im Arbeiter- (43%) und Angestelltenverhältnis (42%). Die 2 029 teilzeitbeschäftigten Beamten waren vor allem im Landesdienst als Lehrer eingesetzt. Von den im Kommunaldienst stehenden Teilzeitbeschäftigten (6 892) entfiel gut ein Drittel (2 367) auf die kreisfreien Städte, jeweils knapp ein Fünftel auf die kreisangehörigen Gemeinden (1 479) und Verbandsgemeinden (1 354) sowie ein Anteil von fast 23% auf die Landkreise (1 570).

Diplom-Volkswirtin B. Hänel

Langlebige Gebrauchsgüter in den Haushalten
Endgültige Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978

Allgemeine Hinweise

Zum vierten Mal hat die amtliche Statistik im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978 eine Bestandsaufnahme der Ausstattung privater

Haushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern vorgenommen. Aus dem Grad der Versorgung von Haushalten unterschiedlicher sozialer Schichten und Einkommensverhältnisse mit dauerhaften Konsum-

Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet 1973 und 1978

Gebrauchsgut	Rheinland-Pfalz						Bundesgebiet
	1973		1978				
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Veränderung des Anteils	Anteil	
	1 000	%	1 000	%	Prozentpunkte	%	
Gebrauchsgüter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung							
Pkw	709	58,3	832	65,5	7,2	61,8	
dar.: fabrikneu gekauft	435	35,7	516	40,7	5,0	36,8	
Motorrad, Moped, Motorfahrrad	100	8,2	129	10,2	2,0	9,1	
Fahrrad	632	51,9	690	54,3	2,4	61,3	
Telefon	518	42,5	800	63,0	20,5	69,5	
Gebrauchsgüter für Bildung, Unterhaltung und Freizeit							
Fernsehgerät	1 075	88,4	1 213	95,5	7,1	93,2	
dar.: Farbfernsehgerät	178	14,6	616	48,5	33,9	50,0	
Rundfunkgerät	1 047	86,1	1 214	95,7	9,6	94,7	
Plattenspieler	504	41,4	674	53,1	11,7	56,4	
Tonbandgerät	271	22,2	548	43,1	20,9	46,0	
Fotoapparat	819	67,3	935	73,7	6,4	74,9	
Schmalfilmkamera	92	7,5	155	12,2	4,7	12,7	
Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung							
Kühleinrichtung	1 121	92,1	1 227	96,6	4,5	95,8	
Gefrierschrank, -truhe	396	32,5	658	51,9	19,4	44,2	
Geschirrspülmaschine	69	5,6	187	14,8	9,2	15,3	
Grillgeräte, elektrisch	230	18,9	438	34,5	15,6	29,2	
Nähmaschine, elektrisch	394	32,4	546	43,0	10,6	46,3	
Nähmaschine, mechanisch	409	33,6	356	28,0	- 5,6	23,4	
Bügelmaschine, elektrisch	107	8,7	167	13,1	4,4	14,4	
Waschvollautomat, elektrisch	825	67,8	1 003	79,0	11,2	69,6	
Staub-, Klopfsauger	1 070	87,9	1 199	94,5	6,6	94,4	

Gebrauchsgut	Haushalt mit ... Personen									
	1		2		3		4		5 und mehr	
	1973	1978	1973	1978	1973	1978	1973	1978	1973	1978
	Von den Haushalten verfügbten ... % über das Gebrauchsgut									
Gebrauchsgüter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung										
Pkw	(13,5)	(17,7)	48,6	62,9	77,3	86,5	81,6	90,7	79,4	87,8
dar.: fabrikneu gekauft	(7,8)	(11,1)	32,6	41,9	47,7	54,3	49,7	55,6	44,3	46,8
Motorrad, Moped, Motorfahrrad	.	.	(6,7)	(6,8)	(8,9)	(11,5)	(11,2)	15,8	(13,5)	23,7
Fahrrad	(17,0)	(19,7)	35,8	40,6	63,1	67,8	74,1	84,0	84,3	87,1
Telefon	31,4	54,1	41,1	59,8	48,1	68,4	47,8	71,8	44,8	65,9
Gebrauchsgüter für Bildung, Unterhaltung und Freizeit										
Fernsehgerät	72,0	89,3	91,2	95,9	91,0	98,1	92,9	97,4	93,5	98,9
dar.: Farbfernsehgerät	(8,7)	26,2	18,0	55,7	16,1	53,9	(14,5)	55,5	(13,5)	52,2
Rundfunkgerät	78,6	90,8	85,7	95,3	88,6	98,3	90,6	97,7	87,5	98,1
Plattenspieler	(22,7)	27,9	31,7	45,9	47,7	64,3	56,8	70,5	56,2	73,8
Tonbandgerät	.	(17,1)	13,4	34,5	31,1	57,1	32,8	60,4	35,6	64,4
Fotoapparat	30,5	35,8	56,8	68,4	84,6	91,6	88,2	96,1	84,8	93,7
Schmalfilmkamera	.	.	(5,5)	9,1	(12,1)	20,2	(11,7)	19,1	(7,0)	13,1
Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung										
Kühleinrichtung	75,1	90,3	92,7	96,8	97,9	99,5	98,1	99,2	96,7	99,4
Gefrierschrank, -truhe	(11,3)	(23,3)	27,6	48,4	34,0	58,8	40,8	68,2	55,6	77,6
Geschirrspülmaschine	.	.	(2,9)	8,8	(5,6)	17,7	(7,9)	24,5	(15,1)	34,9
Grillgeräte, elektrisch	(9,6)	(19,5)	20,4	38,0	23,8	37,9	22,5	38,2	(17,2)	41,9
Nähmaschine, elektrisch	(15,7)	(17,4)	25,9	38,1	39,6	50,2	40,8	61,9	45,9	62,7
Nähmaschine, mechanisch	37,5	(35,8)	36,7	30,7	27,5	22,4	29,5	19,7	36,2	28,5
Bügelmaschine, elektrisch	.	.	(7,5)	10,5	(7,6)	13,2	(11,2)	18,0	(17,2)	27,3
Waschvollautomat, elektrisch	32,3	55,7	66,1	79,5	80,1	86,0	79,8	90,0	84,8	93,0
Staub-, Klopfsauger	72,4	86,5	88,6	93,7	91,0	98,2	94,3	98,7	94,0	98,5

gütern lassen sich nicht nur differenzierte Aussagen über den Lebensstandard ableiten, sondern auch Rückschlüsse auf die zukünftige Entwicklung der Nachfrage und damit auf mögliche Auswirkungen auf den Konjunkturablauf ziehen. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die Nachfrage der Haushalte nach langlebigen Gebrauchsgütern nicht nur von meßbaren Größen, sondern auch wesentlich von den Zukunftserwartungen der Haushalte, von den Einflüssen der Mode, von der Wirksamkeit der Werbung und von einer ganzen Reihe anderer Faktoren beeinflusst wird, die der statistischen Erfassung entzogen sind.

Die Frage nach den im Haushalt vorhandenen langlebigen Gebrauchsgütern wurde in einem Interview gestellt. Selbstverständlich können bei einer solchen Form der Erhebung nicht alle Güter erfaßt werden, sondern es muß eine Vorauswahl getroffen werden, die für die wichtigsten Bereiche des täglichen Lebens einige Güter als Repräsentanten herausgreift. Der Katalog dieser Güter für 1978 unterscheidet sich nur geringfügig von dem der vorangegangenen Erhebungen. Die für die Auswahl der Gegenstände entscheidenden Kriterien waren der Repräsentationsgrad und die Vergleichbarkeit mit den 1973er Ergebnissen.

Wie bereits bei früheren Erhebungen war eine Hochrechnung der Ergebnisse der Stichprobe auf die Grundgesamtheit erforderlich, um Unterschiede in der Teilnahmebereitschaft der verschiedenen Haushaltsgruppen auszugleichen. Grundlage dieser Hochrechnung bildete der Mikrozensus von April 1977. Für jeden an der Stichprobe beteiligten Haushalt (in Rheinland-Pfalz 3 200, im Bundesgebiet 55 000) wurde aufgrund seiner Angaben über die soziale Stellung des

Haushaltsvorstandes, der Haushaltsgröße und Größenklasse des Haushaltsnettoeinkommens bzw. der landwirtschaftlich genutzten Fläche im Frühjahr 1977 ein persönlicher Hochrechnungsfaktor ermittelt, der eine Tabellierung der Ergebnisse nach den verschiedensten Merkmalskombinationen ermöglicht.

Hoher Ausstattungsgrad

Anfang 1978 war bei einer Reihe von ausgewählten Gebrauchsgütern eine Vollversorgung ganz oder annähernd erreicht. Dies gilt für Fernseh- und Rundfunkgeräte, Kühleinrichtungen, Waschmaschinen und Staubsauger. Auch bei vielen anderen Gegenständen ist zumindest bei den Haushalten mit erwerbstätigen Haushaltsvorständen ein relativ hoher Ausstattungsgrad festzustellen, so bei Kraftfahrzeugen, Fahrrädern und Fotoapparaten. Nichterwerbstätigen-Haushalte blieben im allgemeinen, häufig sogar erheblich, hinter dem Versorgungsgrad der übrigen Haushalte zurück.

Haushaltsgröße und Ausstattung

Bei den meisten Gebrauchsgütern, für die in allen sozialen Gruppen eine Vollversorgung annähernd erreicht war, also Fernseh- und Rundfunkgeräte, Kühlschränke und Staubsauger, ergaben sich auch zwischen den Haushalten unterschiedlicher Personenzahl nur ganz geringe Abweichungen. Bei anderen Gebrauchsgütern waren dagegen die Unterschiede in der Ausstattung zwischen kleineren und größeren Haushalten besonders auffällig. Das gilt einmal für alle Gebrauchsgüter für den Verkehr, ferner für die meisten Gebrauchsgüter für Bildung, Unterhaltung und Freizeit

Ausstattung privater Haushalte von Arbeitnehmern und Nichterwerbstätigen mit ausgewählten Gebrauchsgütern 1973 und 1978

Gebrauchsgut	Haushalte von			
	Arbeitnehmer		Nicht- erwerbstätige	
	1973	1978	1973	1978
	Von den Haushalten verfügbaren ... % über das Gebrauchsgut			
Gebrauchsgüter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung				
Pkw	74,1	85,8	26,9	33,7
dar.: fabrikneu gekauft	44,0	52,6	16,9	21,1
Motorrad, Moped, Motor- fahrrad	9,9	12,4	(5,2)	(5,9)
Fahrrad	64,3	69,3	29,8	33,0
Telefon	41,0	63,9	35,5	56,6
Gebrauchsgüter für Bildung, Unterhaltung und Freizeit				
Fernsehgerät	91,7	96,7	83,7	93,6
dar.: Farbfernsehgerät	14,4	51,6	10,9	41,8
Rundfunkgerät	87,8	96,9	81,3	93,8
Plattenspieler	48,8	66,5	26,9	34,5
Tonbandgerät	28,7	56,9	9,0	23,8
Fotoapparat	84,1	91,6	39,8	48,2
Schmalfilmkamera	9,2	16,4	(2,8)	(3,5)
Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung				
Kühleinrichtung	96,4	97,9	84,9	94,6
Gefrierschrank, -truhe	36,7	58,7	19,0	39,2
Geschirrspülmaschine	5,6	17,9	-	(4,4)
Grillgeräte, elektrisch	21,6	40,1	14,5	27,0
Nähmaschine, elektrisch	38,2	52,6	21,0	28,8
Nähmaschine, mechanisch	26,7	18,8	43,4	39,1
Bügelmaschine, elektrisch	8,6	12,4	(6,4)	11,5
Waschvollautomat, elektrisch	77,8	83,4	47,0	70,9
Staub-, Klopfsauger	92,9	96,8	80,1	90,6

sowie für die elektrischen Haushaltsgeräte (mit Ausnahme von Kühlschränken und Staubsaugern). Was die Gebrauchsgüter für Verkehr sowie für Bildung, Unterhaltung und Freizeit anbelangt, so dürfte im allgemeinen der hohe Anteil von Haushalten mit älteren Haushaltsvorständen (und meist auch älteren Haushaltsmitgliedern) in den kleineren Haushalten von größerer Bedeutung für den geringen Ausstattungsgrad sein als finanzielle Gründe. Anders wäre es nicht zu erklären, weshalb bei den Fernsehgeräten, insbesondere bei den Farbfernsehgeräten, der Abstand zwischen Klein- und Großhaushalten viel kleiner war als etwa bei Fotoapparaten, die zum Teil zu recht niedrigen Preisen erstanden werden können. Auch der geringe Bestand an Fahrrädern in Einpersonenhaushalten ist sicherlich weitgehend altersbedingt.

Etwas anders zu beurteilen ist die Ausstattung mit Elektrogeräten. Hier gibt es eine ganze Reihe von Gebrauchsgegenständen, deren Anschaffung für einen Haushalt mit nur einem Haushaltsmitglied unabhängig vom Alter unwirtschaftlich wäre. Dies gilt etwa für Tiefkühltruhen und -schränke, Geschirrspülmaschinen oder elektrische Heimbüglern, deren Anschaffungs- und Unterhaltungskosten für kleine Haushalte in keinem Verhältnis zu ihrer Auslastung stehen. Unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsentlastung der Hausfrau ist selbstverständlich der Erwerb eines der genannten Geräte auch für Kleinsthaushalte mit entsprechend hohem Einkommen durchaus sinnvoll.

Im übrigen ist bei der Analyse der Ergebnisse nach der Zahl der Haushaltsmitglieder zu beachten, daß die Größe des Haushalts zum Zeitpunkt der Erhebung nichts darüber aussagt, ob sich die Zahl der Haushaltsmitglieder während des Bestehens des Haushalts geändert hat oder nicht. So befinden sich unter den alleinlebenden Personen solche, die seit jeher nur für sich allein gewirtschaftet haben, und andere, die als einzige von einem größeren Haushalt übrig geblieben sind, etwa Frauen, deren Ehemann gestorben ist und deren Kinder einen eigenen Hausstand gegründet haben. In diesen Fällen ist häufig der vorhandene Bestand an Gebrauchsgütern (ebenso wie etwa die Wohnungsgröße) noch auf einen Haushalt mit zwei, drei oder mehr Personen zugeschnitten.

Teilweise erhebliche Verbesserungen im Vergleich zu 1973

Bei den meisten der ausgewählten Gegenstände ist eine verbesserte Ausstattung der Haushalte gegenüber den Ergebnissen vor fünf Jahren festzustellen. Nur der Anteil der mechanisch betriebenen Nähmaschinen reduzierte sich von 34 auf 28%, während sich bei anderen Gegenständen vereinzelt sehr starke Zunahmen ergaben. An erster Stelle rangieren Farbfernsehgeräte, die jetzt nahezu in jedem zweiten Haushalt stehen (+ 34 Prozentpunkte). Beachtlich sind auch die Ver-

änderungsraten bei Tonbandgeräten, Telefon (jeweils + 21) und bei Gefrierschränken/-truhen (+ 19 Prozentpunkte). Auf zweistellige Zuwachsraten brachten es außerdem Plattenspieler, Grillgeräte, elektrische Nähmaschinen und Waschvollautomaten.

Höhere Motorisierung der rheinland-pfälzischen Haushalte als im Bundesdurchschnitt

Eine Gegenüberstellung der rheinland-pfälzischen Ergebnisse mit denen des Bundes läßt eine etwa gleiche Ausstattung erkennen. Es zeigen sich nur geringe Unterschiede für die einzelnen Güter. Im einzelnen weisen die Haushalte des Landes günstigere Ergebnisse auf bei Personenwagen und Motorrädern, Fernseh- und Rundfunkgeräten, Kühl- und Gefrierschränken sowie Grillgeräten und Waschvollautomaten. Umgekehrt ist die Versorgung der Haushalte im Bundesdurchschnitt mit Fahrrädern und Telefonapparaten besser als hierzulande.

Diplom-Volkswirt I. Hawliczek

Die öffentlichen Versorgungs-, Entsorgungs- und Verkehrsunternehmen nach ihren Jahresabschlüssen für das Jahr 1976

Ein Teil der staatlichen Aktivitäten zeigt sich in der Tätigkeit der öffentlichen Unternehmen. Obwohl hierbei nicht immer nach der Rentabilität der wirtschaftlichen

Anlagen gefragt werden kann, hat rationelle Wirtschaftsführung in öffentlichen Betrieben die gleiche Bedeutung wie in privaten. Daher haben öffentliche

Betriebsart	Unternehmen			Gesamtleistung							
	ins- gesamt	Eigen- betriebe	Gesell- schaften	ins- gesamt	Eigen- betriebe	Gesell- schaften	ins- gesamt	Eigen- betriebe	Gesell- schaften	je Unternehmen	
										Eigen- betriebe	Gesell- schaften
	Anzahl			1 000 DM			%			1 000 DM	
Versorgungs- und Entsorgungsunternehmen	106	90	16	1 698 416	344 487	1 353 929	64,2	51,3	68,6	3 828	84 621
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	9	4	5	1 041 737	14 291	1 027 446	39,4	2,1	52,1	3 573	205 489
Wasserversorgungsunternehmen	60	59	1	93 633	92 743	890	3,5	13,8	0,0	1 572	890
Kombinierte Versorgungsunternehmen	27	21	6	484 409	216 500	267 909	18,3	32,2	13,6	10 310	44 652
Verkehrsunternehmen	10	2	8	43 128	2 115	41 013	1,6	0,3	2,1	1 058	5 127
Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	15	9	6	903 161	325 021	578 140	34,2	48,4	29,3	36 113	96 357
Insgesamt	131	101	30	2 644 705	671 623	1 973 082	100,0	100,0	100,0	6 650	65 769

Betriebe, abgesehen von reinen Regiebetrieben, deren gesamte Ausgaben und Einnahmen im Rahmen der Haushaltsrechnungsstatistik der Trägerkörperschaften erfaßt werden, bei der Aufstellung des Jahresabschlusses am Ende einer jeden Rechnungsperiode grundsätzlich die handelsrechtlichen Vorschriften zu beachten.

Um Informationen über den Umfang und die Entwicklung der Wirtschaftstätigkeit der Eigenbetriebe und rechtlich selbständigen Gesellschaften der öffentlichen Hand zu gewinnen, die in der Haushaltsrechnungsstatistik nur mit ihren Zuführungen bzw. Ablieferungen erscheinen, wurde die Haushaltsrechnungsstatistik um die Statistik der Finanzen der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen ergänzt. Den Ansatzpunkt dieser Statistik bilden die Bilanzen und Erfolgsrechnungen, aus denen sich alle wichtigen Angaben über die Aktiva und Passiva sowie die Erträge und Aufwendungen entnehmen lassen. Es werden jedoch nicht alle Unternehmen in die Bilanzstatistik einbezogen, die in diesen Berichtskreis fallen. Gemäß dem Finanzstatistischen Gesetz in der Fassung vom 12. Juli 1973 (BGBl. I S. 773) sind grundsätzlich die Finanzen aller staatlichen und kommunalen Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen, für die Sonderrechnungen nach dem Eigenbetriebsrecht geführt oder die in rechtlich selbständiger Form betrieben werden, zu erfassen (§ 2 Abs. 1 Nr. 7). Als öffentliche Unternehmen gelten solche, an denen der Bund, die Länder oder die Gemeinden (Gv.) unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50% des Nennkapitals oder des Stimmrechts beteiligt sind (§ 8 Abs. 2). Sie werden in aller Regel in der privatrechtlichen Unternehmensform der AG oder GmbH geführt. Die statistische Erfassung beschränkt sich jedoch auf die Versorgungs-, Entsorgungs- und Verkehrsunternehmen, da der Staat und die Kommunen bei der Deckung des Bedarfs in diesen Bereichen seit jeher in starkem Umfang mitgewirkt haben, sofern die Unternehmen nicht von ihnen selbst betrieben wurden. Die öffentlichen Wirtschaftsunternehmen in anderen Wirtschaftsbereichen sind in diesem Zusammenhang

nicht von Interesse. Eine Einbeziehung in die Statistik der Finanzen der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen erübrigt sich schon deshalb, weil sie im Rahmen der Statistiken erfaßt werden, die das Gesamtprogramm der amtlichen Statistik für die einzelnen Wirtschaftsbereiche vorsieht.

Gesamtleistung je Gesellschaft der Elektrizitätsversorgung bei 205 Mill. DM

Für das Berichtsjahr 1976 standen die vergleichbaren Jahresabschlüsse von 131 Unternehmen zur Verfügung, darunter 101 Eigenbetriebe und 30 Gesellschaften. Nach den Gewinn- und Verlustrechnungen erbrachten die erfaßten Unternehmen im Jahre 1976 eine Gesamtleistung von insgesamt 2,6 Mrd. DM. Die Gesamtleistung ist definiert als Summe der Umsatzerlöse, der Bestandsveränderungen an fertigen und halbfertigen Erzeugnissen und der aktivierten Eigenleistungen. Von der Gesamtleistung entfallen 0,7 Mrd. DM oder 25% auf die zahlenmäßig überwiegenden Eigenbetriebe (101) und fast 2 Mrd. DM oder knapp 75% auf die 30 Gesellschaften. Die Gesamtleistung je Eigenbetrieb betrug 6,7 Mill. DM, während die Gesellschaften eine durchschnittliche Gesamtleistung von 66 Mill. DM aufzuweisen hatten.

Auch die einzelnen Geschäftszweige verzeichnen sehr unterschiedliche Werte. Von der Gesamtleistung der 30 Gesellschaften entfiel gut die Hälfte auf die fünf Unternehmen der Elektrizitätsversorgung und ein Anteil von knapp drei Zehnteln auf die sechs kombinierten Versorgungs- und Verkehrsunternehmen. Die Gesamtleistung je Unternehmen ist bei den Gesellschaften der Elektrizitätsversorgung (205 Mill. DM) mit Abstand am höchsten. An zweiter Stelle liegen die kombinierten Versorgungs- und Verkehrsunternehmen (96 Mill. DM je Gesellschaft). Für die Eigenbetriebe wurden entsprechende Werte zwischen 36 Mill. DM (kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen) und 1,1 Mill. DM (Verkehrsunternehmen) ermittelt.

Bilanzen der öffentlichen Versorgungs- und Verkehrsunternehmen nach Betriebsarten
für das Wirtschaftsjahr 1976

Aktiva Passiva	Ins- gesamt	Versorgungs- und Entsorgungsunternehmen				Ver- kehrs- unter- nehmen	Kombi- nierte Versor- gungs- und Ver- kehrs- unter- nehmen
		zu- sammen	Elektri- zitäts- versor- gungs- unter- nehmen	Wasser- versor- gungs- unter- nehmen	Kombi- nierte Versor- gungs- unter- nehmen		
1 000 DM							
Aktiva							
Anlagevermögen	3 248 145	2 134 742	832 720	522 846	607 757	88 115	1 025 288
Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	3 106 085	2 025 384	762 441	521 693	570 368	85 575	995 126
Grundstücke und Gebäude	425 649	238 629	111 297	34 378	76 329	28 039	158 981
Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	326 183	282 731	191 894	46 993	43 844	-	43 452
Verteilungsanlagen	1 879 435	1 219 029	387 138	396 151	412 173	-	660 406
Abwassersammel- und Kläranlagen der Entsorgungsbetriebe	124 264	124 264	-	-	-	-	-
Gleisanlagen, Streckenausrüstung, Sicherungs- anlagen	30 789	161	-	-	-	22 777	7 851
Fahrzeuge	35 909	77	-	-	-	18 428	17 404
Übrige Maschinen und maschinelle Anlagen	30 069	4 958	-	280	4 664	918	24 193
Betriebs- und Geschäftsausstattung	39 758	24 908	8 207	3 731	11 908	1 227	13 623
Im Bau befindliche Anlagen ¹⁾	185 080	119 488	60 927	36 538	17 682	13 925	51 667
Finanzanlagen	142 060	109 358	70 279	1 153	37 389	2 540	30 162
Umlaufvermögen	803 913	515 492	310 770	43 897	132 525	43 095	245 326
Vorräte	75 713	55 763	36 199	5 404	12 585	2 051	17 899
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	68 365	49 027	30 819	5 398	11 631	1 993	17 345
Sonstiges Umlaufvermögen	728 200	459 729	274 571	38 493	119 940	41 044	227 427
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	394 577	254 358	142 617	20 386	80 944	1 542	138 677
Kassenbestand ²⁾ , Guthaben bei Kreditinstituten	126 697	86 463	35 127	10 995	27 011	4 621	35 613
Forderungen an Gebietskörperschaften	65 047	5 993	585	1 098	4 021	30 574	28 480
Rechnungsabgrenzungsposten	27 574	15 123	6 052	2 770	5 662	775	11 676
Bilanzverluste	35 484	12 806	-	7 260	2 519	3 178	19 500
Bilanzsumme	4 115 116	2 678 163	1 149 542	576 773	748 463	135 163	1 301 790
Passiva							
Eigenkapital	1 328 694	945 934	375 618	280 235	195 617	42 269	340 491
Grund-/Stammkapital	835 272	560 589	216 521	143 716	154 837	32 448	242 235
Rücklagen	493 422	385 345	159 097	136 519	40 780	9 821	98 256
Sonderposten mit Rücklagenanteil	437 718	293 706	126 337	57 124	84 954	1 005	143 007
Rückstellungen	398 646	259 957	212 914	6 674	34 141	20 528	118 161
Pensionsrückstellungen	247 294	149 518	128 479	-	18 474	17 504	80 272
Langfristige Verbindlichkeiten ³⁾	1 416 462	834 076	265 417	195 518	320 316	59 018	523 368
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1 207 382	670 928	148 073	184 541	295 824	56 585	479 869
Verbindlichkeiten gegenüber Gebietskörperschaften	9 047	6 292	521	3 284	608	88	2 667
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	107 186	74 646	40 193	6 729	19 268	1 338	31 202
Andere Verbindlichkeiten	457 544	287 483	131 587	32 201	102 343	10 765	159 296
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	182 553	133 413	76 734	7 817	42 063	2 747	46 393
Verbindlichkeiten gegenüber Gebietskörperschaften	65 138	33 029	4 917	7 524	16 525	1 467	30 642
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	100 334	68 698	28 395	4 767	28 805	5 744	25 892
Rechnungsabgrenzungsposten	672	483	83	197	196	45	144
Bilanzgewinne	75 380	56 524	37 586	4 824	10 896	1 533	17 323
Bilanzsumme	4 115 116	2 678 163	1 149 542	576 773	748 463	135 163	1 301 790

1) Einschl. Anzahlungen auf Anlagen. - 2) Einschl. Wechsel, Schecks sowie Bundesbank- und Postscheckguthaben. -
3) Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von 4 und mehr Jahren.

Hoher Anlagenintensitätsgrad

Für die Charakterisierung der Vermögensstruktur zu einem bestimmten Zeitpunkt werden die absoluten Beträge der Vermögensposten oder -gruppen auf das Gesamtvermögen bezogen. Am wichtigsten sind die Relationen Anlagevermögen zu Bilanzsumme, der sogenannte Anlagenintensitätsgrad, und Umlaufvermögen zu Bilanzsumme. Das Anlagevermögen umfaßt die Sachanlagen einschließlich der immateriellen Anlagewerte und die Finanzanlagen. Sachanlagen sind Betriebsgrundstücke, Maschinen, maschinelle Anlagen sowie sonstige Sachanlagen; als immaterielles Anlagevermögen sind Konzessionen, Rechte und Lizenzen zu nennen. Bei den Finanzanlagen handelt es sich um Wertpapiere, Beteiligungen und langfristige Ausleihungen. Der Nachweis des Umlaufvermögens enthält die Positionen Vorratsvermögen und Sonstiges Umlaufvermögen, das sämtliche liquiden Mittel und die Forderungen aufzeigt.

Das Strukturbild ist durch die hohe Anlagenintensität der Versorgungs- und Verkehrsunternehmen gekennzeichnet, die im Gesamtdurchschnitt fast vier Fünftel ausmacht. Besonders hoch ist dieser Anteil bei den Wasserversorgungsunternehmen (91%); die kombinierten Versorgungs- und die Elektrizitätsversorgungsunternehmen verzeichnen Anteile von 81 bzw. 72%. Vergleichsweise geringer ist dagegen die Anlagenintensität der Verkehrsunternehmen mit einem Anteil von 65% der Bilanzsumme.

Den größten Anlageposten - gemessen am Anlagevermögen insgesamt - bilden die Verteilungsanlagen mit einem Anteil von 58%. Für alle Versorgungs- und Entsorgungsunternehmen belief sich dieser Wert auf 57%; unter den einzelnen Betriebsarten erreichte er 46% (Elektrizitätsversorgung), 76% (Wasserversorgung) und 68% (kombinierte Versorgungsunternehmen). Bei den Verkehrsunternehmen bildet die Position Grundstücke und Gebäude den höchsten Anteil (32%). Beachtlich sind auch die Anlageposten Gleisanlagen usw. (26%) und Fahrzeuge (21%). Beim Umlaufvermögen liegt das relative Schwergewicht auf dem sonstigen Umlaufvermögen und hier insbesondere bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, deren Anteil am Umlaufvermögen sich im Durchschnitt aller Versorgungs- und Verkehrsunternehmen auf 49% belief. Einen besonders hohen Anteil der Position Forderungen an Gebietskörperschaften am gesamten Umlaufvermögen verzeichnen die Verkehrsunternehmen mit 71%. Mit knapp 31 Mill. DM erreicht dieser Betrag die Hälfte aller Forderungen an Gebietskörperschaften, die sich auf insgesamt 65 Mill. DM belaufen. Die Vorräte als die zweite wichtige Komponente des Umlaufvermögens sind mit einem Anteil von rund 10% bei allen nachgewiesenen Versorgungs- und Verkehrsunternehmen naturgemäß nur von untergeordneter Bedeutung.

Auch zur Charakterisierung der Kapitalstruktur kann die Bilanzsumme als Bezugsgrundlage herangezogen werden. Zum Vergleich der einzelnen Betriebsarten bieten sich vor allem die Verhältnisziiffern Eigenkapital zu Bilanzsumme und Fremdkapital zu Bilanzsumme an, wobei ein möglichst hoher Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme wünschenswert ist. Der Eigenkapitalanteil, der sich aus dem Grund- bzw. Stamm-

kapital und den Rücklagen zusammensetzt, erreichte im Durchschnitt aller öffentlichen Versorgungs- und Verkehrsunternehmen knapp ein Drittel der Bilanzsumme. Besonders günstig war die Eigenkapitalausstattung bei den Unternehmen der Wasserversorgung mit 49%, während die kombinierten Versorgungs- und Verkehrsunternehmen nur auf eine Quote von 26% kamen. Die Unternehmen der Elektrizitätsversorgung waren mit einem Eigenkapitalanteil von 33%, die Verkehrsunternehmen mit einem solchen von 31% ausgestattet. Unter Einbeziehung der Sonderposten mit Rücklagenanteil waren es im Gesamtdurchschnitt 43%, das sind gut 11 Prozentpunkte mehr. Der Quotient Fremdkapital zu Bilanzsumme gibt Auskunft über den Fremdkapitalanteil bzw. über den Anspannungsgrad, da sich die Kapitalanspannung in der Schuldenlast ausdrückt. Der Anteil der langfristigen Verbindlichkeiten lag Ende 1976 im Gesamtdurchschnitt bei 34%, wobei die kombinierten Versorgungsunternehmen (43%) sowie die kombinierten Versorgungs- und Verkehrsunternehmen (40%) überdurchschnittliche Werte verzeichneten. Vorteilhafter war die Finanzlage bei Unternehmen der Elektrizitätsversorgung, deren langfristige Verbindlichkeiten sich nur auf 23% der Bilanzsumme beliefen. Der Anteil des kurz- und mittelfristigen Fremdkapitals lag im Gesamtdurchschnitt bei 11%.

Anlagevermögen durch Eigenkapital nur knapp zur Hälfte gedeckt

Um Finanzierung und Liquidität der untersuchten Unternehmen beurteilen zu können, sind Relationen zwischen beiden Bilanzseiten zu bilden. Als sogenannte Anlagendeckung wird das Verhältnis von Eigenkapital und Anlagevermögen, ausgedrückt in Prozent des Anlagevermögens, verstanden, wobei sich die nicht in der Deckungsrechnung enthaltenen Posten automatisch zur Liquiditätsrechnung ergänzen. Hier besteht die Schwierigkeit darin, den flüssigen Mitteln nur wirklich innerhalb einer bestimmten Zeit fällig werdende Verpflichtungen gegenüberzustellen. Als Finanzierungsregel gilt, daß das Anlagevermögen im allgemeinen durch Eigenkapital oder zumindest durch Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital gedeckt sein soll.

Betrachtet man zunächst einmal den Grad der Anlagendeckung, so zeigt sich, daß im Durchschnitt aller durch die Bilanzstatistik erfaßten Unternehmen das Anlagevermögen nur zu 41% durch Eigenkapital gedeckt ist. Die Eigenkapitalausstattung ist bei den kombinierten Versorgungsunternehmen mit einer Quote von 32% am niedrigsten, während die Wasserversorgungsunternehmen mit einer Anlagendeckung von 54% die günstigste Relation ausweisen; die entsprechenden Werte beliefen sich bei den Unternehmen der Elektrizitätsversorgung auf 45% und bei den Verkehrsunternehmen auf 48%.

Ein günstigeres Bild der Finanzierungsstruktur ergibt sich, wenn man einerseits nur denjenigen Teil des Anlagevermögens in die Berechnung einbezieht, der die Sachanlagen (einschließlich der immateriellen Anlagewerte) betrifft, also die Finanzanlagen wie Beteiligungen, Wertpapiere und langfristige Ausleihungen außer Betracht läßt. Andererseits werden diesem Teil des Anlagevermögens das Eigenkapital plus lang-

Gewinn- und Verlustrechnungen der öffentlichen Versorgungs- und Verkehrsunternehmen
nach Betriebsarten für das Wirtschaftsjahr 1976

Ertrag Aufwendung	Versorgungs- und Entsorgungsunternehmen					Ver- kehrs- unter- nehmen	Kombi- nierte Versor- gungs- unter- nehmen
	Ins- gesamt	zu- sammen	Elektri- zitäts- versor- gungs- unter- nehmen	Wasser- versor- gungs- unter- nehmen	Kombi- nierte Versor- gungs- unter- nehmen		
1 000 DM							
Erträge							
Gesamtleistung	2 644 705	1 698 416	1 041 737	93 633	484 409	43 128	903 161
Umsatzerlöse (netto)	2 608 328	1 673 770	1 033 177	89 668	473 576	42 583	891 975
Veränderung des Bestandes an fertigen und halbfertigen Erzeugnissen	- 439	- 309	164	81	- 710	- 99	- 31
Aktivierete Eigenleistungen	36 816	24 955	8 396	3 884	11 543	644	11 217
Erträge aus Finanzanlagen, Zinsen	25 223	13 065	8 786	529	3 205	343	11 815
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinn- abführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	6 513	293	293	-	-	-	6 220
Erträge aus Beteiligungen	3 509	2 421	898	110	1 413	99	989
Erträge aus anderen Finanzanlagen	2 362	744	689	2	47	7	1 611
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12 839	9 607	6 906	417	1 745	237	2 995
Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens 1)	4 320	2 528	2 008	72	326	80	1 712
Erträge aus der Herabsetzung der Pauschalwert- berichtigung zu Forderungen	144	116	63	12	7	-	28
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	28 172	24 926	22 307	177	2 024	4	3 242
von Sonderposten mit Rücklagenanteil	9 108	6 048	4 606	174	850	4	3 056
Sonstige Erträge	19 064	18 878	17 701	3	1 174	-	186
Erträge aus Verlustübernahme	70 227	53 439	32 018	2 638	17 129	2 520	14 268
	18 678	-	-	-	-	18 295	383
Gesamtertrag	2 791 469	1 792 490	1 106 919	97 061	507 100	64 370	934 609
Aufwendungen							
Materialverbrauch 2)	1 485 611	1 001 717	682 563	20 547	258 947	13 364	470 530
Personalaufwand	474 649	239 422	131 638	21 860	75 336	33 783	201 444
Löhne und Gehälter	364 417	184 718	98 519	17 990	59 539	26 654	153 045
Soziale Abgaben	55 931	27 900	14 429	2 803	9 403	4 629	23 402
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützungen	54 301	26 804	18 690	1 067	6 394	2 500	24 997
Abschreibungen und Wertberichtigungen	242 132	153 766	85 061	22 400	38 708	5 088	83 278
auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	240 487	153 009	85 061	22 391	38 646	5 088	82 390
auf Finanzanlagen	1 645	757	-	9	62	-	888
Verluste	10 605	6 239	1 892	1 035	2 963	487	3 879
aus Wertminderungen oder dem Abgang von Gegen- ständen des Umlaufvermögens (außer Vorräten) 3)	3 550	2 218	1 051	137	892	35	1 297
aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	7 055	4 021	841	898	2 071	452	2 582
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	114 218	68 180	23 008	13 958	27 328	2 263	43 775
Steuern	122 434	88 344	52 659	6 014	23 515	382	33 708
vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	121 042	87 267	52 196	5 850	23 094	346	33 429
Sonstige	1 392	1 077	463	164	421	36	279
Lastenausgleichs-Vermögensabgabe	535	119	7	1	106	14	402
Einstellungen zu Sonderposten mit Rücklagenanteil	1 482	418	31	252	135	22	1 042
Aufwendungen aus Verlustübernahme	18 295	18 295	-	-	18 295	-	-
Sonstige Aufwendungen	235 135	148 396	73 987	9 517	56 377	10 302	76 437
Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- abführungs- und eines Teilgewinnabführungs- vertrages abgeführte Gewinne	6 471	6 471	744	-	5 455	-	-
Gesamtaufwand	2 711 567	1 731 367	1 051 590	95 584	507 165	65 705	914 495
Abschluß							
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	+ 79 902	+ 61 123	+ 55 329	+ 1 477	- 65	- 1 335	+ 20 114
zuzüglich Entnahmen aus offenen Rücklagen	16 878	14 848	-	-	14 846	1 971	59
abzüglich Einstellungen in offene Rücklagen	28 151	24 671	18 552	75	4 079	6	3 474
Jahresgewinn/Jahresverlust	+ 68 629	+ 51 300	+ 36 777	+ 1 402	+ 10 702	+ 630	+ 16 699
zuzüglich/abzüglich Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	- 28 732	- 7 581	+ 809	- 3 838	- 2 324	- 2 275	- 18 876
Zu verwendender Gewinn/zu deckender Verlust	+ 39 897	+ 43 719	+ 37 586	- 2 436	+ 8 378	- 1 645	- 2 177

1) Einschl. Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens. - 2) Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren. - 3) Einschl. Pauschalwertberichtigung zu Forderungen.

fristiger Verbindlichkeiten gegenübergestellt. Unter langfristigen Verbindlichkeiten werden hier solche verstanden, die dem Unternehmen vier Jahre und länger zur Verfügung stehen. Bei dieser Betrachtungsweise ergibt sich, daß die langfristig gebundenen Sachanlagen im Durchschnitt aller nachgewiesenen öffentlichen Versorgungs- und Verkehrsunternehmen immerhin zu annähernd neun Zehnteln durch langfristig bzw. zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehendes Kapital gedeckt sind. Dieser Deckungsgrad differiert allerdings etwas; er beträgt im Bereich der Elektrizitätswirtschaft 84%, bei den Wasserversorgungsunternehmen 91% und bei den kombinierten Versorgungs- und Verkehrsunternehmen 87%. Lediglich die Verkehrsunternehmen weisen mit 118% eine deutlich überdurchschnittliche Deckungsquote auf.

Bei der Ermittlung des Grades der Liquidität eines Unternehmens werden bestimmte Positionen der Aktivseite der Bilanz bestimmten Teilen der Verbindlichkeiten gegenübergestellt, und zwar unter Berücksichtigung der Fälligkeiten. Bei den Liquiditätsberechnungen werden im allgemeinen von den Vermögenspositionen diejenigen des Umlaufvermögens den kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenübergestellt. Dabei ist es für den Liquiditätsgrad von ausschlaggebender Bedeutung, wie schnell und gegebenenfalls unter Inkaufnahme welcher Verluste die einzelnen Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, zum Beispiel Rohstoffe, Fertig- und Halbfertigfabrikate oder Forderungen, in Geld umwandelbar sind, soweit es sich nicht ohnehin um Kassenbestände und Bank- sowie Postscheckguthaben handelt. Da bei externen Bilanzanalysen das zur Verfügung stehende Zahlenmaterial meist keine exakten Informationen über die Fälligkeiten sowohl der Umlaufwerte als auch der Verbindlichkeiten enthält, muß man sich auf eine globale Liquiditätsanalyse beschränken. Dabei wird in aller Regel das gesamte Umlaufvermögen der Gesamtheit der kurz- und mittelfristigen Verbindlichkeiten gegenübergestellt. Der Quotient aus Umlaufmitteln zu Verbindlichkeiten sollte dabei mindestens 1 betragen; je mehr er darüber liegt, umso höher ist die Liquidität, wobei eine zu hohe Liquidität zu Lasten der Rentabilität geht. Zur Liquidität wird in der Literatur ganz allgemein festgestellt, daß das Umlaufvermögen etwa doppelt so hoch sein soll wie das kurz- und mittelfristige Fremdkapital. Dem entspricht annähernd der Liquiditätsgrad im Bereich der Elektrizitätsversorgungsunternehmen (2,36). Viermal so groß wie das kurz- und mittelfristige Fremdkapital ist dagegen das Umlaufvermögen der Verkehrsunternehmen, während die übrigen Bereiche einen jeweils unter dem Gesamtdurchschnitt (1,75) liegenden Liquiditätsgrad verzeichnen.

Materialverbrauch betrug mehr als die Hälfte der Gesamtleistung

Zum Gesamtbild der dargestellten Unternehmen gehört auch die Untersuchung der Aufwands- und Ertragsstruktur. Die Rohertragsquote - sie hatte 1975 noch bei 45,3% gelegen - ist auf 43,8% der Gesamtleistung gesunken. Der Rohertrag ergibt sich aus der Subtraktion des Materialverbrauchs von der Gesamtleistung. Der Materialverbrauch umfaßt den Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren.

Nach Verrechnung des Gesamtaufwands mit dem Gesamtertrag verblieb den 131 ausgewiesenen Unternehmen als Jahresergebnis ein bereinigter Überschussaldo von knapp 80 Mill. DM, das sind 3% der Gesamtleistung. Keinen Jahresüberschuss hatten die kombinierten Versorgungsunternehmen, einen Jahresfehlbetrag von 3,1% der Gesamtleistung mußten die Verkehrsunternehmen hinnehmen, während die Elektrizitätsversorgungsunternehmen (5,3%) den relativ höchsten Überschuss verzeichneten. Der Materialverbrauch betrug 56% der Gesamtleistung. Diese Quote lag bei den Betriebsarten zwischen 66% (Elektrizität) und 22% (Wasserversorgung). Betrachtet man die wichtigsten Kostenarten nach Betriebsarten, so zeigen sich unterschiedliche Schwerpunkte. Unternehmen der Elektrizitätsversorgung haben den höchsten Anteil an Materialkosten, aber den niedrigsten unter den Betriebsarten an Löhnen und Gehältern (9,5%). Demgegenüber verzeichnen die Verkehrsbetriebe einen Anteil der Löhne und Gehälter von 62% der Gesamtleistung.

Durchschnittliche Eigenkapitalrentabilität betrug 6%

Die Höhe des in einer Abrechnungsperiode erzielten Gewinns sagt über die Ertragssituation eines Unternehmens nur bedingt etwas aus. Aufschlußreicher ist es, diese absolute Größe in Relation zu bestimmten Bezugsgrößen zu setzen, so etwa zum Eigenkapital, zum Gesamtkapital oder zum Umsatz. Insbesondere wird der Gewinn zum Eigenkapital in Beziehung gesetzt; die so ermittelte Eigenkapitalrentabilität sagt aus, in welcher Höhe sich die Eigenmittel des Unternehmens verzinst haben.

Bei den Rentabilitätsberechnungen kann von unterschiedlichen Gewinnbegriffen ausgegangen werden, so vom Rohgewinn, vom Jahresgewinn oder vom zu verwendenden Gewinn (Bilanzgewinn). Im folgenden soll der Jahresüberschuss als Gewinngröße zugrundegelegt werden, das ist der Saldo zwischen Erträgen und Aufwendungen. Gegen die Zugrundelegung des Bilanzgewinns spricht, daß durch die dabei bereits berücksichtigten Rücklagenzuführungen bzw. -entnahmen und/oder Verlust-/Gewinnvorträge das eigentliche Jahresergebnis gewissermaßen verfälscht wurde.

Die Eigenkapitalverzinsung betrug 1976 im Durchschnitt aller erfaßten Versorgungs- und Verkehrsunternehmen 6%. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß dieser Durchschnittswert auch dadurch beeinflusst ist, daß eine Reihe von Unternehmen keinen Jahresüberschuss, sondern einen Fehlbetrag erwirtschafteten. Eine überdurchschnittliche Eigenkapitalrentabilität erzielten die Elektrizitätsversorgungsunternehmen mit 15%, von denen keines mit einem Verlust abschloß. Bei den kombinierten Versorgungs- und Verkehrsunternehmen belief sich der entsprechende Wert auf 5,9%. Während die Wasserversorgungsunternehmen immerhin noch eine geringfügige Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals erreichen konnten (0,5%), verzeichneten die kombinierten Versorgungsunternehmen und die Verkehrsunternehmen ein negatives Jahresergebnis, da bei ihnen die Aufwendungen höher waren als die erzielten Erträge. Bei den Verkehrsunternehmen ergab sich ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 3,2% des Eigenkapitals.

Diplom-Volkswirtin B. Hänel

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978				1979			
		Monatsdurchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 645	3 634	3 635	3 634	3 634
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 977	1 801	1 900	1 578	2 674	1 156 ^P	1 871 ^P	1 757 ^P	...
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,5	5,9	6,2	5,3	8,7	4,1 ^P	6,1 ^P	5,9 ^P	...
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 844	2 862	3 039	2 831	3 075	2 606 ^P	2 982 ^P	2 988 ^P	...
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,4	9,5	9,8	9,5	10,0	9,4 ^P	9,7 ^P	10,0 ^P	...
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 495	3 669	4 042	3 662	3 609	3 525 ^P	4 015 ^P	3 687 ^P	...
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,5	12,1	13,1	12,3	11,7	12,7 ^P	13,0 ^P	12,4 ^P	...
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	45	50	51	40	67
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	15,8	17,7	17,1	14,2	22,1
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 651	- 807	- 1 003	- 831	- 534	- 919 ^P	- 1 033 ^P	- 699 ^P	...
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,1	- 2,7	- 3,2	- 2,8	- 1,7	- 3,3 ^P	- 3,3 ^P	- 2,3 ^P	...
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	7 480	7 491	6 824	7 057	6 357	6 052	7 673
Ausländer	Anzahl	1 830	1 869	1 707	1 559	1 524	1 691	2 107
Erwerbspersonen	Anzahl	3 930	3 916	3 882	3 944	3 332	3 335	4 391
* Fortgezogene	Anzahl	7 677	7 384	7 161	7 393	5 970	5 485	6 641
Ausländer	Anzahl	1 924	1 702	1 744	1 752	1 414	1 125	1 432
Erwerbspersonen	Anzahl	4 279	4 128	4 263	4 471	3 526	3 352	3 942
* Wanderungssaldo	Anzahl	- 197	107	- 337	- 336	387	567	1 032
Ausländer	Anzahl	- 94	167	- 37	- 193	110	566	675
Erwerbspersonen	Anzahl	- 349	- 212	- 381	- 527	- 194	- 17	449
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	10 535	10 445	9 418	9 424	9 213	8 380	9 562
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	58 989	55 749	61 173	55 156	49 436	67 818	51 139	45 803	39 977
* Männer	Anzahl	30 182	27 299	31 800	26 614	23 058	39 429	25 368	20 879	17 304
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 033	1 183	899	561	477	4 586	952	570	485
Bauberufe	Anzahl	3 335	2 636	3 586	2 495	1 967	4 841	2 345	1 653	1 161
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	20 748	19 818	23 135	20 344	18 021	25 006	19 056	16 507	14 425
Arbeitslosenquote	%	4,6	4,3	4,7	4,3	3,8	5,3	4,0	3,5	3,1
Offene Stellen	Anzahl	11 131	12 232	13 113	13 091	12 556	13 959	16 217	16 427	16 776
Männer	Anzahl	6 921	7 691	8 121	8 233	7 777	8 949	10 662	10 606	10 865
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	449	463	643	459	427	506	955	721	666
Bauberufe	Anzahl	826	989	955	1 122	1 042	1 354	1 731	1 727	1 605
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	4 294	4 722	4 864	4 933	4 771	5 306	6 021	6 304	6 590
Kurzarbeiter	Anzahl	7 738	6 984	10 144	10 634	8 727	10 177	9 483	5 205	3 721
Männer	Anzahl	5 394	5 075	7 657	8 146	6 135	7 153	6 494	3 221	2 081
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	672	682
* Milchkühe	1 000	237	238
* Schweine	1 000	699	729	.	715	.	.	.	737	.
Mastschweine	1 000	233	254	.	220	.	.	.	242	.
* Zuchtsauen	1 000	79	81	.	81	.	.	.	82	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	53	52	.	53	.	.	.	51	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	Anzahl	15 055	15 357	15 808	14 770	14 698	13 937	16 573	15 099	15 738
* Kälber	Anzahl	605	486	661	503	575	370	461	520	421
* Schweine	Anzahl	96 209	105 305	101 214	105 653	104 918	102 064	114 839	113 350	112 410
* Hausschlachtungen	Anzahl	14 026	14 164	16 224	14 930	11 009	15 975	17 843	12 591	11 072
Schlachtmengen 6)										
* Rinder	t	12 196	13 177	13 038	13 091	13 043	12 501	14 315	13 952	13 970
* Kälber	t	4 370	4 529	4 688	4 409	4 420	4 141	4 885	4 578	4 715
* Schweine	t	58	48	67	48	58	37	45	45	37
* Schweine	t	7 705	8 521	8 198	8 558	8 499	8 257	9 302	9 249	9 139
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	72	60	108	83	43	46	84	73	40
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	74	77	81	82	90	69	82	84	91
* an Molkereien und Händler geliefert	%	91,7	93,2	92,6	93,6	94,2	93,0	93,7	94,5	95,0
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,4	10,6	11,0	11,5	12,2	10,3	11,1	11,7	12,3

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. -

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978			1979				
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾										
Betriebe	Anzahl	2 914	2 893	2 890	2 898	2 888	2 874	2 880	2 881	...
* Beschäftigte	1 000	387	386	383	383	383	386	388	387	...
* Arbeiter 2)	1 000	276	274	272	271	271	274	275	275	...
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	40 805	39 906	40 850	39 979	37 947	38 288	41 950	38 989	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	883	931	865	871	928	867	916	919	...
* Löhne	Mill. DM	546	571	535	525	585	521	562	561	...
* Gehälter	Mill. DM	337	360	330	345	343	346	354	358	...
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ³⁾	82	74	86	88	81	75	85	74	...
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	107	119	113	99	95	145	163	138	...
* Heizölverbrauch	1 000 t	199	193	219	188	168	222	219	208	...
* leichtes Heizöl	1 000 t	30	30	37	31	25	38	36	30	...
* schweres Heizöl	1 000 t	169	163	182	157	143	184	183	178	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	923	941	956	927	899	925	1 040	1 007	...
* Stromerzeugung	Mill. kWh	272	258	269	261	239	284	287	252	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 733	4 810	4 951	4 710	4 630	4 711	5 617	5 339	...
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 374	1 355	1 431	1 287	1 399	1 402	1 661	1 553	...
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	122	124	124	127	125	123	131	141 ^P	...
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	126	128	128	130	127	131	134	142 ^P	...
Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	124	126	125	128	125	126	131	140	135 ^P
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	123	125	126	128	122	128	132	143	140 ^P
Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1970 = 100	95	97	84	106	110	54	83	110	108 ^P
Chemische Industrie	1970 = 100	126	129	135	129	122	140	138	146	140 ^P
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	131	130	125	130	134	120	131	137	131 ^P
Maschinenbau: Büromaschinen, ADV - Geräte und -einrichtungen	1970 = 100	135	139	136	143	137	120	127	133	136 ^P
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	116	117	119	122	112	120	123	128	121 ^P
Herstellung von Schuhen	1970 = 100	65	63	73	67	40	69	71	66	62 ^P
* Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1970 = 100	132	139	132	142	143	143	141	154	146 ^P
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	102	98	101	110	113	75	111	133	...
Handwerk ⁵⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1970 = 100	97	100	98	.	.	.	96	.	.
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1970 = 100	171	175	138	.	.	.	151	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	311	320	353	359	375	357	373	367	...
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 723	1 848	1 896	1 760	1 720	2 021	2 240	1 990	...
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	657	688	710	701	721	754	915	827	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 338	1 460	1 521	1 383	1 356	1 604	1 679	1 512	...
* Gaserzeugung 4)	1 000 cbm	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	...
Gasbezug 4)	Mill. cbm	207	247	274	229	200	402	347	304	...
Gasverbrauch	Mill. cbm	195	233	256	216	191	377	326	288	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	69 864	70 664	68 879	69 713	70 045	69 006	70 584 ^P	72 040 ^P	...
Facharbeiter	Anzahl	39 661	39 639	38 879	39 278	39 470	37 901	37 987 ^P	39 311 ^P	...
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 742	15 521	14 994	15 374	15 520	15 224	16 598 ^P	16 694 ^P	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 232	9 094	9 536	9 812	9 564	6 540	10 445 ^P	10 689 ^P	...
Privater Bau	1 000	5 855	5 674	5 948	5 988	6 135	4 434	6 299 ^P	6 273 ^P	...
* Wohnungsbau	1 000	3 911	3 834	4 085	4 164	4 067	3 096	4 352 ^P	4 364 ^P	...
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	97	84	54	72	74	53	62 ^P	73 ^P	...
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 847	1 756	1 809	1 752	1 994	1 285	1 885 ^P	1 836 ^P	...
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 377	3 420	3 588	3 824	3 429	2 106	4 146 ^P	4 416 ^P	...
Hochbau	1 000	776	696	693	780	642	556	828 ^P	885 ^P	...
Tiefbau	1 000	2 601	2 724	2 895	3 044	2 787	1 550	3 318 ^P	3 531 ^P	...
Straßenbau	1 000	1 429	1 459	1 676	1 615	1 449	858	1 943 ^P	2 118 ^P	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	137	145	135	139	152	105	153 ^P	164 ^P	...
* Löhne	Mill. DM	119	125	117	120	133	85	132 ^P	144 ^P	...
* Gehälter	Mill. DM	18	20	18	19	19	20	21 ^P	20 ^P	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	398	385	260	268	310	198	335 ^P	338 ^P	...

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978				1979			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 176	1 456	1 351	1 354	1 433
* mit 1 Wohnung	Anzahl	931	1 138	1 014	1 084	1 140
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	201	259	270	215	237
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	44	59	67	55	56
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 146	1 423	1 335	1 326	1 349
* Wohnfläche	1 000 qm	182	227	216	208	214
* Wohnräume	Anzahl	8 445	10 675	10 100	9 708	10 020
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	237	308	288	287	296
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	9	2	8	2
Unternehmen	Anzahl	155	251	157	175	208
Private Haushalte	Anzahl	1 018	1 196	1 192	1 171	1 223
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	199	237	206	211	214
* Umbauter Raum	1 000 cbm	857	896	614	812	565
* Nutzfläche	1 000 qm	148	164	108	142	106
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	133	130	83	109	75
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	21	36	24	32	27
Unternehmen	Anzahl	173	194	176	176	177
Private Haushalte	Anzahl	5	7	6	3	10
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 920	2 361	2 227	2 163	2 177
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 394	1 362	1 428	1 356	1 307	1 331	1 701	1 492	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	70	74	71	88	82	72	98	88	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 324	1 287	1 358	1 267	1 225	1 259	1 603	1 405	...
* Rohstoffe	Mill. DM	15	15	14	16	15	11	15	16	...
* Halbwaren	Mill. DM	76	71	75	71	76	80	101	91	...
* Fertigwaren	Mill. DM	1 233	1 202	1 268	1 180	1 134	1 168	1 487	1 298	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	394	406	424	423	405	398	524	484	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	839	796	844	757	730	770	963	813	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG-Länder	Mill. DM	621	610	651	617	571	650	791	723	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	101	104	111	114	107	120	131	121	...
Dänemark	Mill. DM	28	28	32	34	25	28	33	29	...
Frankreich	Mill. DM	197	188	197	169	169	185	230	207	...
Großbritannien	Mill. DM	81	84	85	89	69	90	112	104	...
Irland	Mill. DM	4	5	4	4	4	6	8	8	...
Italien	Mill. DM	97	98	106	106	99	115	141	130	...
Niederlande	Mill. DM	112	102	115	102	97	107	135	123	...
Österreich	Mill. DM	61	57	66	57	55	63	60	65	...
Schweiz	Mill. DM	55	58	58	58	59	65	68	66	...
USA und Kanada	Mill. DM	75	88	81	111	84	71	92	86	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	311	280	303	256	277	218	346	225	...
Ostblockländer	Mill. DM	72	77	78	66	75	80	86	96	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	834	868	871	841	878	901	1 096	1 091	...
Nach Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	142	136	154	139	139	137	172	169	...
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	692	732	718	702	739	764	924	922	...
Aus ausgewählten Ländern										
* EG-Länder	Mill. DM	446	484	514	478	473	520	614	573	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	115	116	118	116	102	136	148	144	...
Dänemark	Mill. DM	7	9	9	8	8	7	10	9	...
Frankreich	Mill. DM	124	129	141	130	126	149	176	158	...
Großbritannien	Mill. DM	21	25	27	21	24	27	38	25	...
Irland	Mill. DM	2	2	2	2	3	2	2	4	...
Italien	Mill. DM	75	91	95	86	89	89	108	102	...
Niederlande	Mill. DM	103	112	122	116	121	109	132	131	...
Österreich	Mill. DM	20	25	28	26	22	26	27	34	...
Schweiz	Mill. DM	15	17	18	17	14	15	27	21	...
USA und Kanada	Mill. DM	76	61	50	47	56	67	85	96	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	182	181	158	176	183	170	227	255	...
Ostblockländer	Mill. DM	20	22	22	25	21	26	21	21	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978			1979				
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	105	107	106	106	106	105	105	105	...
* Umsatz in jeweiligen Preisen	1970 = 100	183	195	202	192	189	168	208	213	...
Waren verschiedener Art	1970 = 100	198	211	202	192	195	173	204	242	...
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	183	191	199	189	188	169	205	196	...
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	163	175	186	171	164	116	181	187	...
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	192	202	207	203	202	179	218	213	...
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	177	186	178	153	162	148	169	169	...
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	180	198	240	221	210	187	273	261	...
Umsatz in Preisen von 1970	1970 = 100	129	134	140	132	130	113	141	142	...
Waren verschiedener Art	1970 = 100
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	130	135	140	133	131	119	143	137	...
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	111	113	122	112	107	73	114	117	...
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	137	139	143	140	139	120	146	142	...
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	136	140	135	116	123	110	125	124	...
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	130	138	170	156	146	128	187	176	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	96	97	95	96	103	92	94	98	...
Teilbeschäftigte	1970 = 100	126	133	128	130	141	127	125	137	...
* Umsatz	1970 = 100	138	143	130	142	172	124	126	156	...
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	152	157	132	155	201	112	126	169	...
Gaststättengewerbe	1970 = 100	128	133	128	133	150	132	126	147	...
Fremdenverkehr in 288 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	300	360	202	280	407	134	187	298	...
* Ausländer	1 000	62	69	29	48	79	17	22	50	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 121	1 335	759	901	1 402	487	659	1 098	...
* Ausländer	1 000	172	210	72	117	203	35	50	124	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 609	1 634	1 548	1 693	1 553	1 378	1 686	1 679	...
* Güterversand	1 000 t	1 308	1 423	1 311	1 657	1 368	935	1 546	1 626	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 560	14 468	19 960	17 633	15 790	13 940	23 508	19 455	17 958
Krafträder und Motorroller	Anzahl	352	558	1 132	1 133	959	354	1 283	1 379	1 165
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	12 197	12 795	17 399	15 178	13 758	12 602	20 499	16 678	15 491
* Lastkraftwagen	Anzahl	526	604	656	687	583	547	952	802	798
Zugmaschinen	Anzahl	409	417	639	515	405	369	622	466	366
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	8 375	8 943	7 716	8 240	9 828	7 540	8 562	8 484	...
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 948	1 940	1 652	1 924	2 192	1 240	1 614	1 763	...
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	6 427	7 003	6 064	6 316	7 636	6 300	6 948	6 721	...
Verunglückte Personen	Anzahl	2 752	2 739	2 348	2 681	3 137	1 755	2 249	2 461	...
* Getötete	Anzahl	79	80	71	71	91	51	57	64	...
Pkw - Insassen	Anzahl	43	42	42	38	52	34	31	28	...
Fußgänger	Anzahl	17	19	19	8	18	11	17	12	...
* Verletzte	Anzahl	2 673	2 659	2 277	2 610	3 046	1 704	2 192	2 397	...
Pkw - Insassen	Anzahl	1 601	1 589	1 389	1 481	1 792	1 192	1 378	1 360	...
Fußgänger	Anzahl	280	279	271	267	290	223	261	236	...
Schwerverletzte	Anzahl	858	853	752	817	950	537	686	820	...
Pkw - Insassen	Anzahl	453	452	380	414	488	339	373	392	...
Fußgänger	Anzahl	127	129	131	109	134	100	113	111	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978				1979			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾	Mill. DM	42 306	48 370	43 476	43 862	44 173	49 172	50 025	50 254	50 693
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	41 587	47 559	42 763	43 138	43 456	48 347	49 182	49 389	49 808
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	33 759	38 898	34 814	35 160	35 406	39 440	40 146	40 354	40 781
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	7 828	8 661	7 948	7 978	8 050	8 907	9 036	9 035	9 027
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	8 778	9 380	9 136	9 096	9 018	9 427	9 783	9 610	9 580
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	8 525	9 171	8 876	8 879	8 816	9 212	9 556	9 403	9 380
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	253	208	259	217	202	215	227	207	199
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	4 540	5 860	4 551	4 609	4 672	5 952	6 081	6 155	6 228
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	3 938	4 924	4 020	4 087	4 131	4 990	5 075	5 145	5 213
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	602	936	531	522	542	962	1 007	1 010	1 015
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	28 270	32 319	29 076	29 432	29 766	32 968	33 318	33 623	34 001
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	21 296	24 803	21 918	22 193	22 460	25 238	25 516	25 806	26 188
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	6 974	7 516	7 158	7 239	7 307	7 730	7 802	7 817	7 813
* Einlagen von Nichtbanken ³⁾	Mill. DM	37 882	42 302	37 932	38 512	39 375	42 666	42 510	43 074	43 731
* Sichteinlagen	Mill. DM	5 842	6 972	5 775	5 985	6 266	6 782	6 531	7 072	6 888
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	5 359	6 449	5 387	5 561	5 685	6 120	6 071	6 517	6 264
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	484	523	388	424	582	662	460	555	625
* Termingelder	Mill. DM	8 159	9 752	8 345	8 659	9 150	9 974	10 045	10 111	10 954
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 855	8 539	7 014	7 403	7 505	8 728	8 851	8 994	9 210
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 304	1 213	1 331	1 256	1 646	1 246	1 195	1 117	1 745
* Spareinlagen	Mill. DM	23 881	25 578	23 812	23 867	23 959	25 910	25 933	25 892	25 888
* bei Sparkassen	Mill. DM	13 843	14 813	13 841	13 874	13 929	15 016	15 038	15 011	15 009
* Gutschriften auf Sparkonten ⁴⁾	Mill. DM	1 167	1 174	986	1 000	936	1 051	1 120	1 021	1 018
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 033	1 035	1 047	944	844	900	1 097	1 062	1 027
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ⁵⁾	Anzahl	37	38	38	35	40	29	34	49	26
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	12 677	17 487	6 164	11 876	11 084	6 815	4 395	11 795	3 982
* Vergleichsverfahren	Anzahl	.	.	-	-	-	-	1	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	971	882	1 029	830	994	738	868	837	854
* Wechselsumme	1 000 DM	4 021	4 293	5 033	3 616	4 371	3 050	4 790	4 883	16 638
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	872 606	932 837	971 743	524 792	789 233	1 022 954	1 137 893	590 505	885 947
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	636 104	654 466	742 524	299 414	543 592	654 892	875 932	317 944	587 495
Lohnsteuer ⁶⁾	1 000 DM	390 134	395 172	230 221	251 032	429 962	520 813	263 279	257 806	471 524
Einnahmen aus der Lohnsteuer-zerlegung	1 000 DM	61 986	63 884	-	-	178 629	233 202	-	-	188 326
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	152 143	157 763	370 699	13 732	16 239	22 529	398 061	16 306	27 586
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	10 144	11 674	3 428	6 600	4 976	4 001	4 301	7 436	7 381
* Körperschaftsteuer ⁶⁾	1 000 DM	83 683	89 857	138 176	28 050	92 415	107 549	210 291	36 396	81 004
Einnahmen aus der Körperschaft-steuerzerlegung	1 000 DM	16 670	22 887	-	-	81 018	95 782	-	-	57 186
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	236 502	278 372	229 219	225 378	245 641	368 062	261 961	272 561	298 452
* Umsatzsteuer	1 000 DM	164 183	201 841	144 843	156 849	177 913	272 282	179 489	185 194	191 477
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	72 319	76 531	84 376	68 529	67 728	95 780	82 472	87 367	106 975
* Bundessteuern	1 000 DM	100 213	116 109	118 206	90 894	91 414	139 944	140 719	122 621	136 548
Zölle	1 000 DM	8 976	7 624	8 562	7 082	6 539	9 835	9 032	9 056	10 486
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	87 952	106 298	107 698	81 912	83 146	126 957	130 698	111 592	124 215
* Landessteuern	1 000 DM	65 860	64 528	54 431	60 708	81 689	77 891	61 587	58 132	91 589
Vermögensteuer	1 000 DM	19 582	15 163	4 586	2 746	35 409	33 677	3 789	2 967	33 462
Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	30 413	32 048	30 059	36 091	29 257	28 888	37 196	35 040	43 813
Biersteuer	1 000 DM	6 563	6 348	4 790	6 138	6 404	4 715	5 225	5 600	6 268
* Gemeindesteuern ⁷⁾	1 000 DM	439 899	449 367	431 136	.	.	.	434 448	.	.
Grundsteuer A	1 000 DM	7 377	7 701	5 120	.	.	.	5 680	.	.
Grundsteuer B	1 000 DM	63 714	67 943	55 134	.	.	.	61 913	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	309 768	313 697	307 011	.	.	.	307 276	.	.
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	26 426	22 260	28 615	.	.	.	23 835	.	.
* Grunderwerbsteuer	1 000 DM	22 424	26 622	24 976	.	.	.	25 725	.	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Ohne durchlaufende Kredite. - 4) Einschl. Zinsgutschriften. - 5) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 6) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 7) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978				1979			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	562 723	610 293	602 160	423 275	502 021	682 440	709 208	496 155	599 564
* Anteil an den Steuern v.Einkommen	1 000 DM	280 091	287 871	329 168	130 743	240 353	289 251	391 578	139 094	258 290
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	163 192	187 906	154 728	152 135	165 814	248 447	176 830	183 985	201 461
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	19 228	18 407	58	49 503	4 440	4 798	81	50 455	3 265
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	458 416	489 800	495 953	338 601	436 965	509 295	559 301	362 257	480 455
* Anteil an den Steuern v.Einkommen	1 000 DM	279 134	286 796	327 445	129 896	238 030	287 330	390 305	138 270	257 324
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	94 194	120 068	114 019	98 494	112 806	139 276	107 328	115 400	128 277
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	19 228	18 407	58	49 503	4 440	4 798	81	50 455	3 265
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	555 654	571 486	540 822	.	.	.	555 568	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	197 767	203 584	199 138	.	.	.	199 704	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	227 756	232 232	217 558	.	.	.	228 692	.	.
Preise										
* Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1970 =100	146,3	150,1	149,7	150,1	150,5	153,6	154,6	155,4	156,0
* Nahrungs- und Genußmittel	1970 =100	143,7	145,2	145,5	146,6	146,8	146,0	146,9	147,7	148,8
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk 2)	1970 =100	150,7	159,7	.	.	158,6	164,9
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttwochenverdienste	DM	465	489	.	486
* Männliche Arbeiter	DM	497	523	.	521
* Facharbeiter	DM	526	553	.	549
* Angelernte Arbeiter	DM	478	501	.	500
* Hilfsarbeiter	DM	407	425	.	425
* Weibliche Arbeiter	DM	326	346	.	343
* Hilfsarbeiter	DM	315	334	.	329
Bruttostundenverdienste	DM	11,01	11,59	.	11,47
* Männliche Arbeiter	DM	11,63	12,23	.	12,11
* Facharbeiter	DM	12,27	12,92	.	12,78
* Angelernte Arbeiter	DM	11,18	11,73	.	11,60
* Hilfsarbeiter	DM	9,56	10,02	.	9,97
* Weibliche Arbeiter	DM	8,18	8,69	.	8,62
* Hilfsarbeiter	DM	7,89	8,34	.	8,26
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	42,2	42,1	.	42,4
* Männliche Arbeiter	Std.	42,7	42,6	.	43,0
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,8	39,8	.	39,8
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	2 333	2 475	.	2 445
in Industrie und Handel zusammen	DM	2 078	2 210	.	2 181
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 553	2 704	.	2 667
männlich	DM	1 640	1 745	.	1 721
weiblich	DM	2 945	3 098	.	3 068
* Technische Angestellte	DM	3 019	3 173	.	3 141
männlich	DM	1 999	2 132	.	2 120
weiblich	DM	2 719	2 871	.	2 846
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	2 440	2 584	.	2 564
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 869	3 037	.	3 007
männlich	DM	1 929	2 047	.	2 035
weiblich	DM	2 999	3 153	.	3 123
* Technische Angestellte	DM	3 063	3 218	.	3 187
männlich	DM	2 107	2 243	.	2 227
weiblich	DM	1 856	1 988	.	1 952
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	1 842	1 974	.	1 936
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 296	2 449	.	2 404
männlich	DM	1 485	1 586	.	1 556
weiblich	DM		

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. -- 2) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978				1979			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 400	61 327 ^P	61 333	61 325	61 319
Eheschließungen 1)	Anzahl	29 874	27 341	16 160 ^P	27 593 ^P	23 142 ^P	13 810 ^P	16 909 ^P	26 521 ^P	...
Lebendgeborene 2)	Anzahl	48 529	48 039	45 402 ^P	50 258 ^P	47 917 ^P	47 875 ^P	43 918 ^P	47 274 ^P	...
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	58 744	60 268	68 237 ^P	65 461 ^P	57 334 ^P	64 653 ^P	58 533 ^P	63 981 ^P	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 10 215	- 12 229	- 22 835 ^P	- 15 203 ^P	- 9 417 ^P	- 16 778 ^P	- 14 615 ^P	- 16 707 ^P	...
Arbeitslose	1 000	1 030	993	1 224	1 099	1 000	1 171	1 134	958	875
Männer	1 000	518	489	688	585	495	645	629	482	409
Offene Stellen	1 000	231	246	224	247	257	238	267	302	313
Männer	1 000	141	154	134	151	157	148	168	195	201
Kurzarbeiter	1 000	231	191	251	226	298	135	167	170	122
Männer	1 000	181	149	192	172	231	105	124	117	80
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	21 386	22 641	.	.	23 197	.	.	.	23 249 ^P
Schlachtmenge 4)	1 000 t	331	349	299	333	341	379	327	372	...
Produzierendes Gewerbe 5)										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	114	117	112	116	121	107	116	122	130 ^P
ohne Baugewerbe	1970 = 100	116	119	118	119	122	114	122	126	132 ^P
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	114	116	113	116	120	108	117	122	129 ^P
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	112	117	112	116	123	106	119	125	133 ^P
Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	115	116	115	114	116	108	116	122	128 ^P
Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	114	116	115	119	123	109	116	121	128 ^P
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1970 = 100	118	123	114	121	125	113	119	119	133 ^P
Baugewerbe	1970 = 100	95	102	70	92	113	56	70	97	115 ^P
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	7 632	7 584	7 570	7 571	7 549	7 543	7 549	7 561	7 548
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	791	772	756	760	778	785	750	816	755
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	80 261	83 379	75 265	83 889	80 537	81 284	79 922	94 763	88 172
Auslandsumsatz	Mill. DM	18 966	20 018	18 084	20 282	18 654	18 595	19 145	23 376	20 718
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	27 943	29 451	30 696	24 700	28 529	38 139	33 048	34 350	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 507	3 590	3 839	3 857	3 798	4 365	4 456	4 401	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 168	1 190	1 098	1 158	1 184	1 158	1 150	1 193 ^P	...
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	143	141	74	141	155	60	79	142 ^P	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	7 156	6 499	3 254	4 222	4 786	4 200	3 425	5 080 ^P	...
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	17 018	17 114	14 739	18 558	19 443
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	16 015	16 149	13 889	17 474	18 416
Wohnfläche	1 000 qm	2 913	2 796	2 445	3 125	3 284
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 241	3 057	2 623	2 984	3 110
Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	31 603	29 232	25 523	32 324	33 974
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	22 794	23 714	21 366	24 608	23 925	23 103	23 226	28 027	...
EG-Länder	Mill. DM	10 225	10 864	9 920	11 570	10 949	10 973	11 550	13 679	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 783	1 961	1 885	2 190	2 005	1 958	2 174	2 410	...
Dänemark	Mill. DM	502	527	477	527	512	463	496	617	...
Frankreich	Mill. DM	2 804	2 907	2 624	3 278	2 870	3 124	3 122	3 548	...
Großbritannien	Mill. DM	1 218	1 403	1 175	1 327	1 472	1 270	1 565	1 955	...
Irland	Mill. DM	65	84	70	88	72	127	95	128	...
Italien	Mill. DM	1 561	1 619	1 478	1 615	1 562	1 776	1 790	2 182	...
Niederlande	Mill. DM	2 293	2 363	2 212	2 546	2 455	2 255	2 308	2 839	...
Österreich	Mill. DM	1 212	1 218	1 094	1 235	1 302	1 113	1 222	1 459	...
Schweiz	Mill. DM	1 048	1 201	1 073	1 165	1 304	1 181	1 292	1 434	...
USA und Kanada	Mill. DM	1 614	1 857	1 783	1 914	1 798	1 768	1 626	1 948	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 899	3 956	3 460	4 057	3 937	3 818	3 192	3 915	...
Ostblockländer	Mill. DM	1 392	1 470	1 248	1 381	1 521	1 323	1 271	1 735	...

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehausschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978				1979			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	19 592	20 320	18 765	20 420	20 674	21 053	20 843	24 634	...
EG - Länder	Mill. DM	9 444	9 981	9 344	10 079	10 356	10 280	10 285	12 701	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 630	1 711	1 591	1 778	1 791	1 691	1 717	2 223	...
Dänemark	Mill. DM	296	334	310	335	372	318	312	432	...
Frankreich	Mill. DM	2 275	2 357	2 317	2 447	2 534	2 492	2 541	3 093	...
Großbritannien	Mill. DM	871	1 005	862	973	945	1 021	1 047	1 327	...
Irland	Mill. DM	76	80	68	76	77	73	70	105	...
Italien	Mill. DM	1 727	1 931	1 739	1 778	1 916	1 903	1 936	2 293	...
Niederlande	Mill. DM	2 568	2 562	2 458	2 693	2 721	2 784	2 661	3 229	...
Österreich	Mill. DM	508	593	529	594	587	607	645	716	...
Schweiz	Mill. DM	656	790	700	750	816	786	778	919	...
USA und Kanada	Mill. DM	1 614	1 617	1 423	1 450	1 616	1 674	1 845	1 989	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	4 002	3 641	3 439	3 835	3 603	3 819	3 818	4 018	...
Ostblockländer	Mill. DM	945	1 044	802	1 012	975	1 165	910	1 022	...
Einzelhandel										
Umsatz	1970 =100	170,7	180,7	151,3	185,3	177,2	166,3	157,9	197,4 ^P	...
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 =100	146,7	151,5	125,1	143,9	147,7	127,6	133,0 ^P	151,7 ^P	...
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	1 087	1 212	1 085	1 093	1 101	1 204	1 216	1 230	1 239 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	839	929	834	842	847	921	932	943	951 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	248	283	251	252	254	282	284	287	288 ^P
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	820	902	815	812	813	886	894	895	897 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	437	466	437	436	437	470	473	473	473 ^P
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	18 160	19 555	15 295	22 655	14 030	18 473	15 340	24 346	15 514 ^P
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	12 208	12 719	7 723	17 310	6 993	11 110	7 628	18 789	7 650 ^P
Lohnsteuer	Mill. DM	7 564	7 668	6 369	5 532	5 826	8 828	6 572	5 960	6 232 ^P
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 959	3 119	908	7 600	728	1 193	621	8 017	610 ^P
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	5 224	6 106	7 458	5 292	5 509	7 313	7 527	5 507	6 259 ^P
Umsatzsteuer	Mill. DM	3 280	3 886	5 280	3 154	3 223	5 140	5 075	3 083	3 577 ^P
Bundessteuern	Mill. DM	3 398	3 578	3 586	3 352	3 311	1 765	3 639	3 428	3 696 ^P
Zölle	Mill. DM	312	306	284	295	320	290	314	349	335 ^P
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 901	3 084	2 956	2 862	2 794	1 303	2 942	2 875	3 163 ^P
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirt- schaftlicher Betriebsmittel 3)	1970 =100	152,0	151,6	151,5	151,9	152,3	153,0	154,5	155,3	156,1
Index der Erzeugerpreise landwirt- schaftlicher Produkte 3)	1970 =100	142,3	137,0	141,9	140,5	136,7	137,6	138,3 ^P	139,4 ^P	139,1 ^P
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 3)	1970 =100	144,5	146,3	145,2	145,5	145,8	148,5	149,6	150,9	151,8
Preisindex für Wohngebäude	1970 =100	148,7	157,4	153,3	.	.	.	162,5	.	.
Bauleistungen am Gebäude ⁴⁾	1970 =100	150,7	159,7	155,5	.	.	.	164,9	.	.
Preisindex für den Straßenbau	1970 =100	131,4	139,5	135,3	.	.	.	144,4	.	.
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1970 =100	146,3	150,1	149,2	149,7	150,1	152,7	153,6	154,6	155,4
Nahrungs- und Genußmittel	1970 =100	143,7	145,2	145,2	145,5	146,6	145,2	146,0	146,9	147,7
Kleidung und Schuhe	1970 =100	147,3	154,1	152,4	152,9	153,2	157,0	157,7	158,4	159,2
Wohnungsmiete	1970 =100	144,7	149,0	147,6	148,1	148,3	151,1	151,5	151,9	152,3
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1970 =100	178,4	183,6	182,3	183,4	181,8	198,6	206,6	213,8	214,9
Übriges für die Haushaltsführung	1970 =100	140,2	145,4	144,8	145,2	145,5	148,0	148,3	148,8	149,3
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenüber- mittlung	1970 =100	153,6	158,7	156,9	157,7	157,9	161,5	161,7	162,6	164,4
Körper- und Gesundheitspflege	1970 =100	154,4	160,7	158,7	159,1	159,5	163,9	164,9	165,5	166,2
Bildung und Unterhaltung	1970 =100	139,3	142,6	141,5	142,0	142,2	147,3	147,5	147,8	148,0
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1970 =100	139,7	143,7	142,3	142,4	142,6	148,0	148,9	149,1	149,3

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Bauleistungen am Bauwerk ohne Baunebenleistungen.

272 Mill. DM für die Jugendhilfe

Ende 1978 gab es in Rheinland-Pfalz 3 318 Pflegekinder, die sich regelmäßig außerhalb ihres Elternhauses in Familienpflege befanden und über welche die Jugendämter gemäß §§ 27 bis 36 des Jugendwohlfahrtsgesetzes die Aufsicht führen. Das sind 14 Minderjährige mehr als 1977.

Die Zahl der Amtspflegschaften und Amtsvormundschaften belief sich auf 18 342 bzw. 4 577. Die Zahl der erfaßten Amtspfleglinge ist um 313 oder 1,7% zurückgegangen, diejenige der Amtsvormundschaften um 17 oder 0,4%. Im Laufe des Jahres wurden 696 Minderjährige, 5% mehr als im Vorjahr, adoptiert. Die zur Adoptionsvermittlung vorgemerkten Fälle stiegen um 21% auf 200. Hingegen haben die Adoptionsstellen, für die ein Minderjähriger noch nicht vorge schlagen werden konnte, von 1 087 auf 1 079 geringfügig abgenommen.

In vorläufiger oder endgültiger Fürsorgeerziehung wurden 263 Jugendliche gezählt. Das sind 23 Jugendliche weniger als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Bei der freiwilligen Erziehungshilfe war eine Zunahme um 26 Minderjährige zu verzeichnen, womit sich deren Zahl am Jahresende auf 1 232 stellte. Von der Möglichkeit, nach § 75a des Jugendwohlfahrtsgesetzes über das 18. Lebensjahr hinaus im Rahmen der Fürsorgeerziehung und freiwilligen Erziehungshilfe schulische oder berufliche Förderungsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen, haben im Berichtsjahr 80 Jugendliche Gebrauch gemacht (1977: 68).

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 272 Mill. DM für die Jugendhilfe ausgegeben. Das sind 9% mehr als im Vorjahr. An diesen Ausgaben waren die Zuschüsse für die Träger der freien Jugendhilfe mit fast 40% beteiligt.

Die Einnahmen der Jugendhilfe stiegen seit 1977 um 368 000 DM oder 2% auf 19,5 Mill. DM an. Sie deckten damit die Ausgaben zu rund 7%. re

Rentabilität der öffentlichen Unternehmen bei 6%

Aus den Gewinn- und Verlustrechnungen der 131 öffentlichen Versorgungs-, Entsorgungs- und Verkehrsunternehmen in Rheinland-Pfalz - davon sind 101 Eigenbetriebe und 30 Gesellschaften - errechnet sich eine Gesamtleistung von 2,6 Mrd. DM, die ganz überwiegend aus Umsatzerlösen besteht. Von der Gesamtleistung entfielen 0,7 Mrd. DM oder 25% auf die zahlenmäßig deutlich dominierenden 101 Eigenbetriebe.

Die hohe Anlagenintensität der Versorgungs- und Verkehrsbetriebe zeigt sich darin, daß das Anlagevermögen annähernd vier Fünftel der Bilanzsumme ausmacht. Der Eigenkapitalanteil belief sich im Durchschnitt auf knapp ein Drittel der Bilanzsumme. Im Hinblick auf die Finanzierungsstruktur ergab die Auswertung der Bilanzen eine Deckung der Sachanlagen durch Eigen- und langfristiges Fremdkapital in Höhe von immerhin 88%.

Zur Ermittlung der Eigenkapitalrentabilität wurde der Jahresüberschuß - das ist der Überschuß der Erträge über die Aufwendungen - in Beziehung zum Eigenkapital gesetzt. Danach betrug die Eigenkapitalverzinsung im Durchschnitt aller nachgewiesenen Versorgungs- und Verkehrsunternehmen 6%. Hier ist allerdings zu berücksichtigen, daß sich in diesem Durchschnittswert auch die Jahresabschlüsse von Unternehmen mit Verlusten niederschlugen. Mit fast 15% erzielten die Elektrizitätsversorgungsbetriebe, von denen keines mit einem Verlust abschloß, eine überdurchschnittliche Rentabilität. he. Mehr über dieses Thema auf Seite 165

Personal des Landes und der Gemeinden nahm nur noch geringfügig zu

Mit 131 317 lag 1978 die Zahl der Vollbeschäftigten von Land und Gemeinden (Gv.) in Rheinland-Pfalz um 1,4% über dem Stand des Vorjahres. Als Teilzeitkräfte (mit der Hälfte oder mehr als der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit) waren Ende Juni 1978 insgesamt 14 189 Personen beim Staat oder den Kommunen tätig. Das Personal des Landes ist seit 1977 um 1 100 Vollbeschäftigte oder 1,3% angewachsen; bei den Gemeinden (+ 1,6%) war der Anstieg geringfügig höher. Mit + 2,4% wies die Gruppe der Arbeiter im öffentlichen Dienst die höchste Zuwachsrate auf, gefolgt von den Beamten (+ 2%), während die Zahl der Angestellten beim Land und bei den Gemeinden nahezu stagnierte (+ 0,3%). Innerhalb der letzten vier Jahre war die Zunahme des vollbeschäftigten Personals (+ 3,5%) vergleichsweise gering, nachdem es zwischen 1970 und 1974 um fast 14 000 auf 126 882 (+ 12%) angewachsen war. Von den 14 189 Teilzeitbeschäftigten waren im Landesdienst 7 300 und im kommunalen Bereich knapp 7 000 Personen tätig. hä

Mehr über dieses Thema auf Seite 159

Trunkenheit im Straßenverkehr Hauptursache für den Entzug der Fahrerlaubnis

Im Jahre 1978 haben die rheinland-pfälzischen Gerichte und Verwaltungsbehörden 15 421 Personen das Führen von Kraftfahrzeugen auf öffentlichen Straßen für eine begrenzte Zeit oder für immer untersagt. Gegenüber dem Vorjahr hat sich diese Zahl um 165 oder 1,1% erhöht. In 9 690 Fällen wurde die Fahrerlaubnis entzogen (+ 1,1%), 2 050 Personen waren von zeitlichen Sperrern betroffen (+ 2,1%) und 2 890 vom Fahrverbot (- 2,8%). Der vorübergehende Entzug der Fahrerlaubnis betrifft im allgemeinen einen Zeitraum zwischen sechs Monaten und fünf Jahren.

Die insgesamt 9 690 Fälle mit entzogener Fahrerlaubnis beruhen überwiegend auf Gerichtsentscheidung (9 212). 791-mal wurde die Fahrerlaubnis durch die Verwaltungsbehörden versagt (+ 14%). Nach der Art des Tatbestandes differenziert, mußte 8 667mal die Fahrerlaubnis wegen Trunkenheit im Straßenverkehr entzogen werden (94%). 377mal erfolgte der Entzug wegen Unfallflucht. 53 Entscheidungen lagen keine Verkehrsstraftaten zugrunde. Von den 9 212 Fällen mit gerichtlichem Entzug der Fahrerlaubnis war 760mal ein Verkehrsunfall mit Personenschaden ausschlaggebend (- 8,5%), bei 3 436 Unfällen ein solcher mit nur Sachschaden (+ 0,8%). In 5 016 Fällen war es zu keinem Verkehrsunfall gekommen (+ 3,1%). 478 Entscheidungen der Verwaltungsbehörden lag hauptsächlich ein Fehlverhalten aufgrund körperlicher, geistiger oder charakterlicher Mängel zugrunde. Bei 90% erfolgte hier der Entzug der Fahrerlaubnis auf Lebenszeit.

Trunkenheit im Straßenverkehr war 2 942mal bei den insgesamt 4 940 Fällen von zeitlich beschränkten Sperrern und von Fahrverboten ausschlaggebend.

Auf Bundesebene haben die Gerichte sowie die Bußgeldstellen und Verwaltungsbehörden im Jahre 1978 in 300 640 Fällen das Führen von Kraftfahrzeugen vorübergehend oder für immer versagt. Das bedeutet eine 3,6%ige Steigerung gegenüber dem Vorjahr. gz

Günstige Produktionsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe hält an

Die Produktion des rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbes lag im Mai 1979 um 7,4% über dem Vorjahresergebnis. Im bisherigen Jahresverlauf wurde die Produktion der ersten fünf Monate des Jahres 1978 um 5,3% übertroffen.

Gegenüber Mai 1978 wies das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit + 14% die größte Steigerungsrate auf. Hierzu trugen in erster Linie die Mineralölverarbeitung (+ 74%), die chemische Industrie, die Gummiverarbeitung (je + 14%), die eisenschaffende Industrie und NE-Metallerzeugung (+ 13%) sowie die Gießereien (+ 12%) bei. Unter anderem auch auf Grund der im Mai ungünstigen Witterungsverhältnisse konnten die Holzbearbeitung und der Steine und Erden-Bereich die Ausstoßziffern vom Mai 1978 nicht erreichen (— 15 bzw. — 2,4%).

Im Verbrauchgütersektor wurde das Produktionsvolumen vom Mai des Vorjahres um 7,6% übertroffen. Die beträchtlichen Zunahmen in der Schuhindustrie (+ 53%), im Bekleidungsgewerbe (+ 17%) und in der Kunststoffwarenherstellung (+ 13%) führten trotz der Einbußen im Textilgewerbe (— 10%) zu dem günstigen Ergebnis. Das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe konnte den bereits sehr hohen Produktionsstand des Vorjahresmonats nochmals leicht um 1,6% steigern.

Unter dem Vorjahresniveau lagen im Mai 1979 die Ausstoßziffern im Investitionsgüterbereich (— 2,3%). Hier konnten Zunahmen in der Feinmechanik, Optik und Uhrenherstellung (+ 21%) sowie in der Herstellung von EBM-Waren (+ 6,4%) die Rückgänge in der Elektrotechnik einschließlich Reparatur von Haushaltsgeräten (— 11%) sowie im Straßenfahrzeugbau mit Reparaturdienst (— 4,7%) nicht ausgleichen. Daß insgesamt gesehen die Entwicklung auch in diesem Bereich positiv ist, zeigt sich in einem Plus von 1,6% im bisherigen Jahresverlauf gegenüber dem Zeitraum von Januar bis Mai 1978. fn

Beachtlicher Anstieg der Auftragseingänge beim verarbeitenden Gewerbe im ersten Jahresdrittel 1979

Von Januar bis April 1979 konnte das verarbeitende Gewerbe von Rheinland-Pfalz insgesamt 26% mehr Aufträge erzielen als im ersten Jahresdrittel 1978, wobei sich die Inlandsaufträge um 22% und die Auslandsaufträge um 35% erhöhten. Besonders positiv ist das Ergebnis im Investitionsgüterbereich, wo die Bestellungen um 44% (Ausland + 52%) über dem Vorjahreszeitraum lagen. Aber auch der Grundstoff- und Produktionsgütersektor und das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe liegen mit Steigerungsraten von 15 bzw. 13% (Ausland + 21 bzw. + 20%) im konjunkturellen Aufwind.

Die günstige Auftragsentwicklung erstreckte sich auf alle bedeutenden Wirtschaftszweige des Landes, ausgenommen lediglich der Steine- und Erden-Bereich, in dem die Bestellungen leicht unter dem Vorjahr lagen (— 2%). Den größten Zuwachs meldete der Maschinenbau einschließlich Büro-maschinen und ADV-Geräte (+ 92%). Über dem Landesdurchschnitt lag auch der Straßenfahrzeugbau mit Reparaturdienst (+ 29%), während die Zunahmen bei den Druckereien (+ 25%) und bei der Herstellung und Verarbeitung von Glas (+ 23%) etwa der Gesamtentwicklung entsprachen. Auch der nach der Beschäftigtenzahl größte rheinland-pfälzi-

sche Wirtschaftszweig, die chemische Industrie, wies mit einem Auftragseingangsplus von 16% gegenüber dem Vorjahreszeitraum eine günstige Entwicklung aus. Erfreulich, insbesondere für den Pfälzer Raum, ist die verbesserte Auftragslage in der Schuhindustrie (+ 13%). fn

Heizöl und Treibstoffe erneut teurer Preisrückgänge bei Frischgemüse

Der Preis für leichtes Heizöl ist von Mitte Mai bis Mitte Juni erneut kräftig gestiegen, und zwar um 15%. Gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat hat er sich nahezu verdoppelt. Auch bei Benzin kam es abermals zu Verteuerungen gegenüber dem Vormonat, wobei die freien Tankstellen die stärksten Erhöhungen mit + 6% für Normalbenzin und + 5% für Superbenzin zu verzeichnen hatten.

Von Mai bis Juni wurden jahreszeitlich bedingte Preisrückgänge bei den besonders saison- und witterungsabhängigen Nahrungsmitteln festgestellt. So gingen die Preise für Speisekartoffeln um 26%, Wirsingkohl 35, Tomaten 29, Blumenkohl 21 und Kopfsalat um 40% zurück. Gegenüber dem Vorjahr liegen die Preise dennoch bei Weißkohl um 45%, Rotkohl 55, Blumenkohl 19 und bei Mohrrüben um 21% höher. Die übrigen Nahrungsmittel blieben im Preis weitgehend konstant.

In den anderen Bereichen der Lebenshaltung ergaben sich im Vergleich zum Vormonat bei einzelnen Textil- und Lederwaren sowie bei Dienstleistungen im Friseur- und Schuhmacherhandwerk geringfügige Preiserhöhungen. hr

Themen der letzten Hefte

Heft 5/Mai 1979

LIS als Prognoseinstrument
Bevölkerungsprognose bis 1990
Landwirtschaftszählung 1979
Neuordnung der Statistiken des Handels und Gastgewerbes
Tiefbauaufträge 1978
Außenhandel 1960 bis 1978

Heft 6/Juni 1979

Zum Jahr des Kindes 1979
Vermögensbesitz im Januar 1979
Baulandmarkt 1978
Arbeitnehmerverdienste 1978
Fremdenverkehr 1978
Nutztviehhaltung 1978

Themen der folgenden Hefte

Die finanzielle Bedeutung des Wegfalls der Lohnsummensteuer
Entwicklung der Jugendkriminalität 1968 bis 1977
Investitionen
Bergbau und verarbeitendes Gewerbe 1978
Ernteaussichten 1979
Beschäftigtenstatistik 1978
Volkszählung 1978 - Konzeption und Stand der Vorbereitungen

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,80, Jahresabonnement DM 28,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) 7 12 45 Telex 869 007 kvem d, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet.